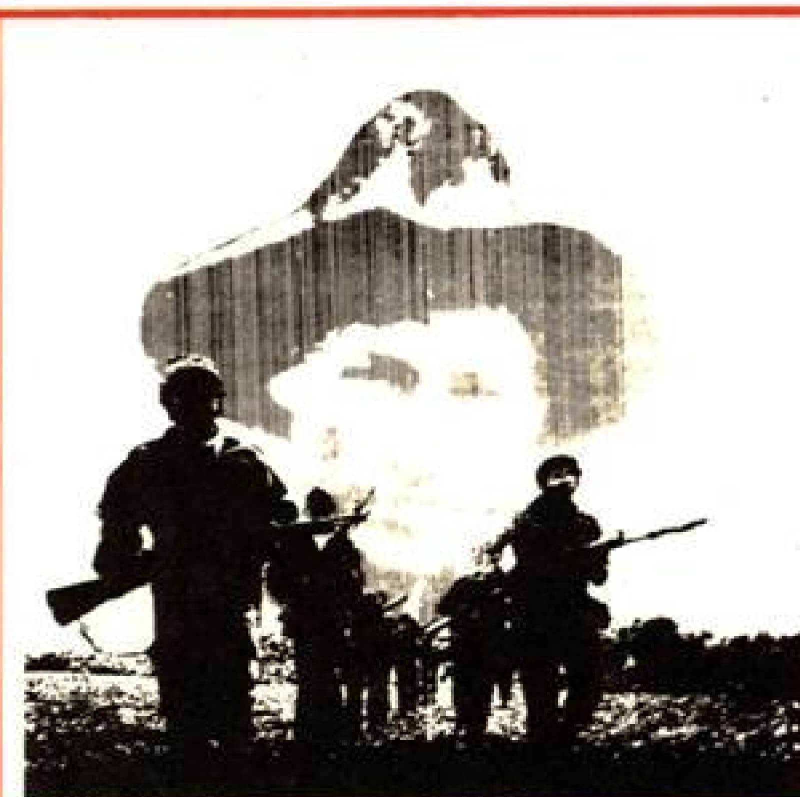
1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 8 vom 24. Februar 1984 18. Jahrgang 1 DM



A 50 Anos ... Sandino Vive! Nach 50 Jahren — Sandino lebt!

Seite 3

Ernst Breit und die Generale

Der DGB hatte immer wieder in den letzten Jahren versichert, daß es mit den Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Bundeswehr sozusagen zum Besten stünde. Demzufolge ergriff Ernst Breit auch sofort die Gelegenheit, vor der Kommandeurstagung der Bundeswehr zu sprechen — wie dies auch schon seine Vorgänger getan hatten.

Was aber diesmal passierte, ging an den Rand eines Eklats. „Heftiger Unwille", „laute Proteste" und ähnliches wurden registriert, als Breit sprach. Er hatte im wesentlichen die Positionen des DGB zur sogenannten Nachrüstung wiederholt, Abrüstungsverhandlungen gefordert. Doch die Zeit, wo man für so etwas noch Höflichkeitsbeifall der Generalität bekommen konnte, sind vorbei.

Nicht nur, daß Breits Aussagen im Verlauf der Tagung vollkommen ignoriert wurden. Das war zu erwarten gewesen, wenn nicht von Ernst Breit, dann von jedem, der die Lage etwas kennt.

Nein: Die Generale nutzten Breits Anwesenheit ihrerseits, um Forderungen an den DGB zu richten. Dabei waren es vor allem zwei Dinge, die immer wieder gefordert wurden.

Erstens solle der DGB damit aufhören, sich mit gewerkschaftlicher Betätigung unter den Soldaten breit zu machen, vor allem keine Soldaten mehr zur gewerkschaftlichen Aktivität heranziehen. So nach dem Motto „ein Soldat braucht keine gewerkschaftlichen Rechte, wofür gibt's den Spieß". Und, so wenig es auch gewesen sein mag, in der Tat hat gewerkschaftliche Arbeit in der Bundeswehr den Herren Kommandeuren schon manche Sorge für die Disziplin der Truppe bereitet, das „abschreckende Beispiel" Niederlande zudem noch vor Augen.

Zweitens solle der DGB gefälligst mehr über die friedenssichernde Rolle der Bundeswehr reden und nicht so viel über Abrüstung und ähnliche Dinge. Dabei wurde insbesondere auf die inzwischen doch schon relativ lange Arbeit verschiedenster Gewerkschaftsjugendorganisationen angespielt, die den Kommandeuren gar nicht paßt.

Gemayels Rücktritt als Vorbedingung zur Lösung der Libanonkrise

Ausländische Truppen raus aus dem Libanon

Us-Schlachtschiffe, die ihre Salven auf die Berge des Libanon abfeuern, israelische Bombenflugzeuge, die an mehreren Punkten im Land ihre tödliche Last abwerfen — diese neuen Verbrechen der letzten Woche haben nochmals in aller Deutlichkeit gezeigt, was es ist, das den libanesischen Phalangistenchef Gemayel noch in seinem Amt als Staatspräident hält: Die massive militärische Intervention ausländischer Mächte, die ihren Einfluß in Libanon verteidigen.

Gemayels „Einschwenken" auf den Acht-Punkte-Plan, den er zuerst abgelehnt hatte, zeigt, daß er selbst und seine Phalange um nichts anderes mehr kämpfen als ums eigene politische Überleben, daß sie dafür auch bereit sind, all jene Grundsätze reaktionärer Politik, die seither die Phalange aumachten, aufzugeben.

Seine Bereitschaft, das Abkommen mit Israel zu kündigen, ruft natürlich erneut die israelische Militärmaschine auf den Plan — denn die Absicht Tel Avivs war es ja gewesen, aus Gemayels sogenannten Regierungstruppen eine Stellvertreterarmee zu machen.

Währenddessen wird überall der sogenannte Rückzug der amerikanischen Soldaten breit geschildert — oft genug dabei aber verschwiegen, daß es sich dabei lediglich um einen taktischen Schritt handelt, daß die US-Intervention nicht nur unvermindert, sondern sogar eher noch gesteigert weitergeführt wird.

Der Rücktritt Gemayels ist die eine Sache, die die Lösung des Problems im Libanon möglich machen würde — die andere, mindestens ebenso wichtige ist der bedingungslose Rückzug der ausländischen Truppen aus dem Libanon. Darin allein ist die Möglichkeit einer dauerhaften Lösung beinhaltet.



Strauß in Syrien

Vertreter nur in „Sachen Airbus"?

Immer, wenn Strauß reist, schlägt das Wellen. Die einen versuchen daraus die Schwäche der Bundesregierung abzuleiten (was so ohne weiteres nun wirklich nicht stimmt), die anderen richten ihr Hauptaugenmerk auf seine jeweiligen Nachtbarbesuche. Das ist Herrn Strauß sowieso egal.

Nur als Waffenhändler mag er nicht unterwegs gewesen sein. Er habe lediglich als Vermittler zum Verkauf zweier Airbusse gewirkt, ließ er mitteilen.

Nun, niemand hatte in der Tat erwartet, daß im jetzigen Augen blick aufgrund der Bonner Politik Waffenverkäufe an Syrien sofort aktuell wären. Obwohl, andererseits, sollte man die 33000 Panzerwesten aus Hessen, die dieser Tage aufgrund des amerikanischen Einspruchs Schlagzeilen machten, nicht vergessen. Diese werden Syrien verkauft und haben ja nun wohl auch einiges mit Rüstungsverkäufen zu tun.

Das andere aber ist: Das Airbus-Geschäft ist ja nun so weit vom Waffenhandel auch wieder nicht weg. Wenn Verkäufer und Käufer erst einmal miteinander ins Geschäft gekommen sind, dann ist die Ausdehnung des Handels auf andere vom MBB-Konzern produzierte Güter leicht möglich. Und das sind nun mal vor allem militärische Dinge.

Strauß' Reise nach Syrien mag nicht so ganz in die Bonner Politik, wie sie gegenwärtig gemacht wird, passen — sie paßt aber auf jeden Fall in die verschiedensten Versuche, Syrien zu einer Veränderung seiner Bündnispolitik zu bewegen, wie sie vor allem Saudi-Arabien betreibt.

Streiks in Druckereien

IG Drupa erklärte Verhandlungen für gescheitert

Am Montag begann in Essen die Schlichtung im Tarifverfahren um eine Lohnstruktur zwischen der IG Druck und Papier und dem Bundesverband Druck.

Die IG Drupa hatte die laufenden Verhandlungen nach fast zwei Jahren für gescheitert erkläft aufgrund des Erpressungsversuches der Kapitalisten, diese Verhandlung nur auf Basis der Festschreibung der 40-Stunden-Woche zu führen.

Dieser erpresserischen Koppelung könne man sich nicht beugen, argumentierte die Gewerkschaft zu Recht. Der Bundesverband Druck kündigte demgegenüber an, er werde auch in der Schlichtung mit demselben „Angebot" antreten.

Gegen diese Haltung kam es Ende der letzten Woche bereits zu Warnstreiks in Druckereibetrieben in Essen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Hamburg, München und Stuttgart. An diesen Aktionen sollen sich nach Mitteilung der Gewerkschaft mehrere tausend Druckereiarbeiter beteiligt haben.

Westberliner Justiz gerät international in Verruf

Freiheit für Minas Kontos und die anderen Berliner Antiimperialisten!

Zu einem international beachteten Skandal wächst sich aus, was ein Skandal auch schon vor dem Besuch von Melina Mercouri in Westberlin war: Die nun bereits länger als 20 Monate andauernde Untersuchungshaft gegen vier deutsche und einen griechischen Antiimperialisten, die beschuldigt werden, beim Berlin-Besuch des amerikanischen Präsidenten und Kriegstreibers Ronald Reagan mit Steinen geworfen zu haben.

Die griechische Kultusministerin, eigentlich als Gast der Berliner Filmfestspiele in die Stadt gekommen, besuchte am 19. Februar ihren Landsmann Minas Kontos im Gefängnis. Sie wurde dabei von etwa 100 Griechen, und einigen Deutschen mit Applaus empfangen. Sie bekam Rosen und Nelken für den Gefangenen überreicht.

Die 20. Große Strafkammer des Westberliner Landgerichts hat die unnachsichtige Verfolgung der Angeklagten, deren Verfahren noch läuft, zu verantworten. Auf die zahlreichen Anträge nach Überprüfung der Haftdauer hieß es immer wieder: Es bestehe Fluchtgefahr, weil die zu erwartende Strafe die bislang „verbüßte" Haft überschreiten werde. Damit ist gleichzeitig gesagt, daß an den angeblichen Steinewerfern ein Exempel statuiert werden soll, das abschreckend auf alle wirken soll, die gegne die Kriegsvorbereitungen auf die Straße gehen und sich womöglich nicht an alle Auflagen der von den Kriegstreibern in Marsch gesetzten Polizei halten.

Wie sehr dem Gericht an einer Isolierung und totalen Kriminalisierung der Gefangenen gelegen ist, machte unter anderem Landgerichtspräsident Beyer deutlich, als er nach einem unliebsamen Rundfunkbericht die Gerichtsreporter zu sich zitierte, um zu versuchen, sie auf die von ihm gewünschte Linie der Berichterstattung einzuschwören.

Bei den Verhandlungen muß Minas Kontos hinter Glas sitzen. 14 Monate lang saß er in Einzelhaft. Melina Mercouri kündigte an, sich entschieden für seine Entlassung einzusetzen und rief beim Abschied den vor dem Gerichtsgebäude wartenden Menschen zu: „Mut, nur Mut!" Dabei grüßte sie mit erhobener Faust. Ihr Besuch hat sicher dazu beigetragen, den Druck auf die reaktionären Politiker und Juristen in Westberlin zu verstärken. Minas Kontos und die anderen Antiimperialisten müssen freigelassen — und freigesprochen werden!

Genosse Myslim Peza gestorben

Am 7. Februar 1984 verstarb Genosse Myslim Peza, „Held des Volkes", „Held der Sozialistischen Arbeit", Mitglied der PAA, Abgeordneter der Volksversammlung und Stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Front, nach langer schwerer Krankheit im Alter von 87 Jahren.

Myslim Peza, der Schrecken der italienischen Faschisten und deutschen Nazis, stellte im Krieg die erste Partisanenfreischar Albaniens auf und war somit maßgeblich an der Erweiterung des bewaffneten antifaschistischen Widerstandes beteiligt. Als führender Vertreter der kämpferischen parteilosen Patrioten im Nationalen Befreiungskampf leistete er einen bedeutsamen Beitrag zum Zustandekommen einer einzigen Kampffront des ganzen Volkes über weltanschauliche Grenzen hinweg. Er wurde Mitglied des Generalrats der Nationalen Befreiung, aus dem noch im Krieg die Volksdemokratische Regierung hervorging, deren stellvertretender Ministerpräsident er kurze Zeit war. Mit der Bildung des Generalstabs der Nationalen Befreiungsarmee am 10. 7. 1943 wurde er dessen Mitglied. Er bekleidete wichtige Ämter im neuen albanischen Staat, war zehn Legislaturperioden lang Abgeordneter. Im von den Genossen Enver Hoxha, Ramiz Alia, Adil Carçani und anderen unterzeichneten Nachruf heißt es: „Stets hat er ausgeharrt, gearbeitet und gekämpft mit reinem Herzen, als kämpferischer, tapferer und unermüdlicher Führer, wobei er einen besonderen Beitrag zu den stählernen Fundamenten des neuen Volksalbanien geleistet hat."

Für den 9. Februar, den Tag seiner Beisetzung, war Staatstrauer angeordnet worden.

Arbeitskonferenz zum Thema „Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO“

Bildung eines Anti-NATO-Komitees wird angestrebt

Am 18.2.84 fand in Bonn eine Arbeitskonferenz zum Thema „Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO“ statt. Die ca. 30 Teilnehmer einigten sich darauf, die Initiative für den Zusammenschluß der Kräfte in der Friedensbewegung zu ergreifen, die für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO eintreten. Geplant ist die Bildung eines bundesweiten Komitees.

Anwesend waren vor allem Vertreter des Teils der BUF (Bundesverband Unabhängiger Friedensinitiativen), der für den Austritt aus der NATO eintritt. Außerdem: der LV Niedersachsen der Grünen, Volksfront.



Kommunistische Studenten, KPD und — wohl eher als Beobachter — MSB, DKP und MGs.

Diskutiert wurde zunächst über die Frage, ob es sinnvoll ist, möglichst schnell einen Zusammenschluß der Kräfte in der Friedensbewegung zu bilden, die für den Austritt aus der NATO eintreten. Bedenken dagegen wurden hauptsächlich in der Richtung geäußert, daß der Zeitpunkt für einen solchen Zusammenschluß noch nicht reif sei, weil es noch zu wenig s sind, die heute in der Friedensbewegung für die kompromißlose Kritik an der NATO eintreten.

Im Laufe der Diskussion einigte sich die Mehrheit der Anwesenden aber darauf, daß es unbedingt nötig ist, einen solchen Zusammenschluß so schnell wie möglich zu erreichen. Dafür hat sich auch die KPD eingesetzt.

Denn erstens gibt es seit einiger Zeit eine verstärkte Kritik an der NATO, zweitens gibt es aber auch verstärkte Bemühungen sozialdemokratischer Kreise, die Friedensbewegung für ihre sicherheitspolitischen Konzepte zu gewinnen. Dabei ist es für die Zukunft der Friedensbewegung von großer Bedeutung, ob der politische Kampf gegen die Kriegstreiber, gegen die NATO an Boden gewinnt oder nicht. Hier läßt sich aber organisiert offensichtlich wesentlich mehr ausrichten als durch isolierte Bemühungen einzelner Friedensinitiativen und Organisationen.

Diskutiert wurde weiter über das Selbstverständnis eines solchen Zusammenschlusses. Diese Frage wurde nicht ganz ausdiskutiert. Es schien aber doch so weit Einigkeit bei der Mehrheit der Anwesenden zu herrschen, daß ein solcher Zusammenschluß seinen Zweck verfehlt, wenn er sich vorrangig als Instrument linker Kräfte in der Friedensbewegung zum Kampf gegen die SPD oder als eine Art Fraktion der BUF begreift. Ein Komitee „Kein Frieden mit der NATO“ oder wie es letztendlich auch heißen mag, wird nur dann Einfluß in der Friedensbewegung gewinnen können, wenn es sich ernsthaft bemüht, alle zusammenzuschließen bzw. mit allen in die Diskussion zu kommen, die den politischen Kampf gegen die NATO wollen, mit der Forderung nach dem Austritt aus der NATO sympathisieren.

Der Konferenz lag der Entwurf für einen politischen Aufruf vor. Die Diskussion darüber entzündete sich vor allem an einem Passus über die Sowjetunion. Über die Einschätzung der Rolle, die die Sowjetunion in bezug auf die bestehene Kriegsgefahr in Europa und in der Welt spielt, bestanden sehr unterschiedliche Ansichten bei den Teilnehmern der Konferenz. Die Versammlung einigte sich im Verlauf der Diskussion darauf, diese Frage aus dem Aufruf auszuklammern, weil — auch unserer Meinung nach — eine gemeinsame Einschätzung über die Sowjetunion keineswegs Bedingung für einen gemeinsamen Kampf für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO ist. Der Entwurf wird insgesamt überarbeitet und soll dann, versehen mit Erstunterzeichnern, zu einer neuen Konferenz am 31.3. in Göttingen einladen. Dort soll dann die Gründung eines bundesweiten Komitees konkret geklärt und über mögliche Aktivitäten dieses Komitees gesprochen werden.

Militaristentreffen in Travemünde und München

Mehr Geld, mehr Waffen für die NATO

Gleich zwei Militaristentreffen fanden in der letzten Woche statt — die 12. Internationale Wehrkundetagung in München und die 27. Kommandeurstagung der Bundeswehr in Travemünde. Gemeinsames Thema auf beiden Tagungen war die Stärkung der konventionellen Kampfkraft der NATO.

Daß innerhalb der NATO verstärkt konventionell aufgerüstet werden soll, darin waren sich alle einig, der internationale Kreis von Militärs und Zivilisten in München und die Bundeswehrkommandeure in Travemünde. Auch über die Zwecke, denen diese verstärkte konventionelle Aufrüstung dienen soll. In welchem Geist hier diskutiert wurde, macht die Äußerung eines der amerikanischen Assistenten des NATO-Generalsekretärs, Robin Beard, sehr deutlich, der nach der Ansprache Wörners in München meinte, daß Wörner „so herzerfrischend gesprochen“ habe, nachdem man sich jahrelang das Gerede Hans Apels über die Entspannungspolitik habe anhören müssen. Die neuen konventionellen Waffen sollen her, damit die Kriegsführungsfähigkeit der NATO erhöht wird. Wer wie die SPD-Politiker Ehmke und Voigt auf der Münchner Tagung der verstärkten konventionellen Aufrüstung zustimmt, um so angeblich einen Atomkrieg unwahrscheinlicher zu machen, stimmt für die aggressive Strategie der NATO, wie sie u.a. im Rogers-Plan festgelegt ist.

Die Pläne, die in München und Travemünde diskutiert worden sind, sind nicht nur gefährlich, sondern auch sehr teuer. Nicht umsonst kündigte Bundeskanzler Kohl auf der Kommandeurstagung in Travemünde bereits „Zusatzsausgaben“ für die Rüstungsausgaben an und erklärte, es gelte, diese Zusatzausgaben „in Einklang zu bringen mit dem übrigen Finanzbedarf.“ **Auf deutsch also: noch mehr Rüstungswahnsinn durch noch mehr Sozialabbau!**

Militärs und Politiker sind sich natürlich darüber im Klaren, daß sie diese neue Aufrüstungsrunde für die NATO nicht ohne Proteste über die Bühne bringen können. Nicht umsonst sagte Bundeskanzler Kohl in Travemünde, man müsse sich auf eine breite innenpolitische Diskussion einstellen. Setzen wir uns dafür ein, daß diese innenpolitische Diskussion möglichst massiv stattfindet und daß es nicht beim Diskutieren allein bleibt. Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau! BRD raus aus der NATO!

„Deutschlandpolitische Erklärung“ des Bundestages

Nichtanerkennung der DDR erneuert

Gemeinsam haben am Donnerstag vorletzter Woche CDU/CSU, FDP und SPD eine Erklärung des Bundestags (gegen die Stimmen der Grünen) verabschiedet, mit der erneut die völkerrechtliche Anerkennung der DDR abgelehnt wird. Die scharfe Reaktion des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ wurde von Minister Windelen mit angeblichem „Befremden“ aufgenommen.

Das „Neue Deutschland“ hatte geschrieben, hier würden nur revanchistische Sprüche geklopft und sich dabei auf jene Passagen der Erklärung bezogen, in denen die „deutsche Teilung“ beschworen und das Grundgesetzgebot nach „deutscher Einheit“ erneuert wurden. Und in der Tat, „ND“ hat in diesem Fall recht: Es handelt sich wirklich um revanchistische Parolen.

Wenn fast 40 Jahre nach dem Ende des „Deutschen Reichs“ immer noch um Grenzen von 1937 gefaselt wird, wenn verstärkt sogenannte Vertriebenenverbände ihr Unwesen treiben, wenn man sich sogar weigert, eine eigene Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen, dann ist das in der Tat der blanke Revanchismus. Der Versuch der Wiedergewinnung der DDR-Territorien politisch den Boden zu bereiten.

Der Anspruch der BRD auf die DDR ist in der Tat in dieser Form in Europa einmalig. Durch diesen Anspruch entsteht, bzw. besser gesagt, besteht weiterhin ein potentieller Kriegsherd in der Mitte Europas. Von daher hat sich unsere Partei stets für die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR durch die BRD eingesetzt und wird dies weiterhin tun.

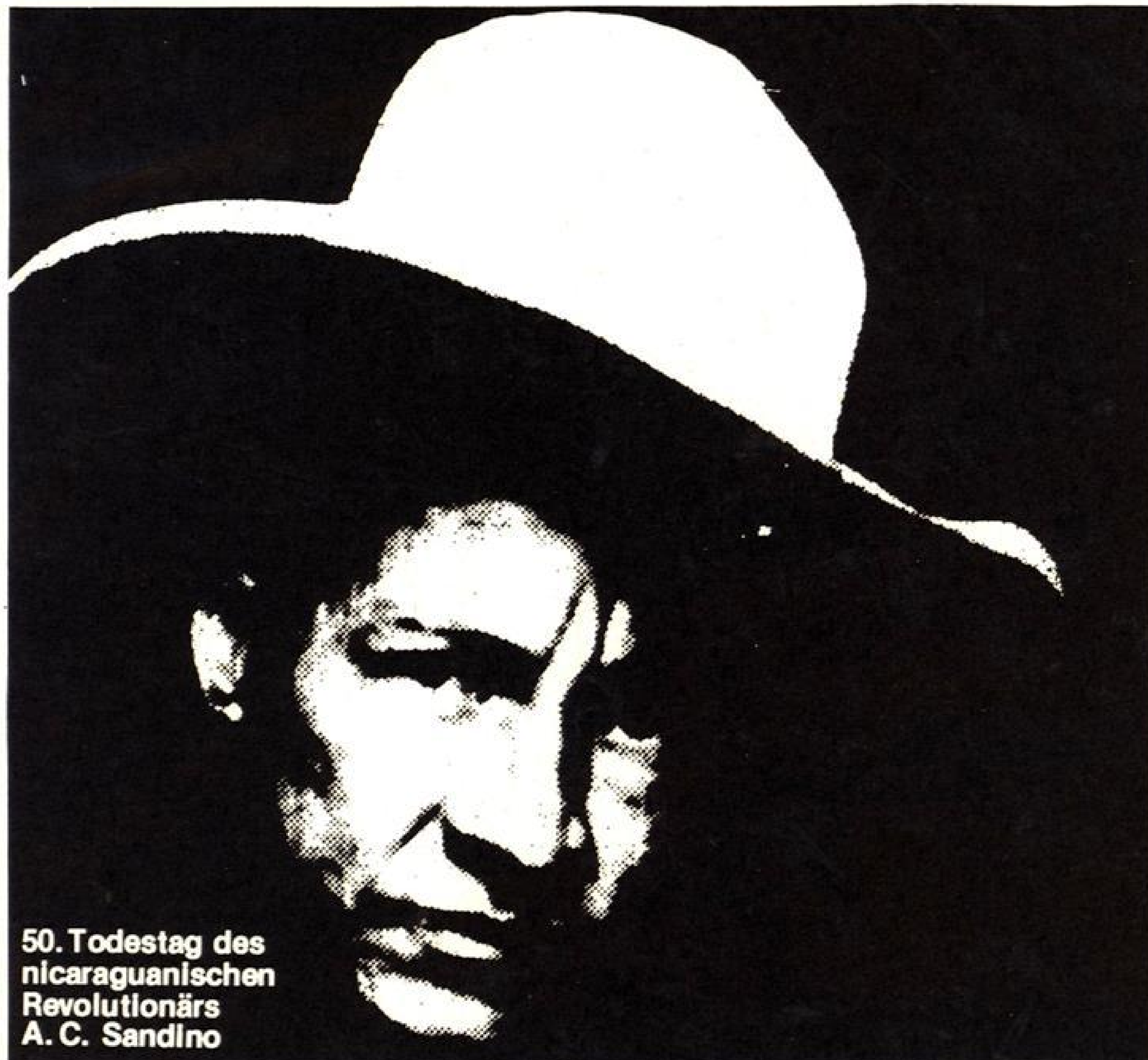
Auf der anderen Seite aber soll gesagt sein, daß sich das ND, daß sich SED und DDR da an die eigene Nase fassen müssen. Sie haben schließlich den sogenannten Grundlagenvertrag unterzeichnet, der ja eben eine solche völkerrechtliche Anerkennung der DDR ausschließt. Ob dies auf Druck der UdSSR geschah, wie es aufgrund der damals bestehenden politischen Lage wahrscheinlich erscheint, wie sie vor allem durch das kurz zuvor abgeschlossene Viermächteabkommen geschaffen worden war, ist dabei nicht allein entscheidend. Diesen Vertrag heute in eine faktische völkerrechtliche Anerkennung „umzufunktionieren“ ist nur ein billiger Trick, um vom damals gemachten Zugeständnis an solche revanchistische Positionen abzulenken.

Dieses Zugeständnis war ein entscheidender Punkt dafür, daß die „Entspannungspolitik“ hierzulande oft genug so dargestellt wurde, als wäre sie eine grundsätzliche Abkehr von alten revanchistischen Forderungen.

Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu fordern ist also nach wie vor wichtig, und zwar eben nicht nur für jene, die die DDR als ihr gesellschaftliches Vorbild sehen, sondern für jeden, der politisch eine Barriere gegen Revanchepläne des BRD-Kapitals aufrichten will.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



50. Todestag des nicaraguanischen Revolutionärs A. C. Sandino

A 50 Anos . . . Sandino Vive!
Nach 50 Jahren — Sandino lebt!

Am 21. Februar jährt sich zum 50. Mal der Todestag Augusto Cesar Sandinos. In Nicaragua Anlaß für große Feiern mit massenhafter Beteiligung. Mehr als vier Jahre nach der Revolution, der Zerschlagung der Somoza-Diktatur ehrt das Volk seinen legendären Revolutionshelden, der als erster das Volk gegen die imperialistischen Ausbeuter führte.

Der 21. Februar ist aber nicht nur ein Gedenktag an frühere Zeiten, aktuell soll mit diesem Tag die Kaffeeernt beendet werden, die unter den Bedingungen der Invasionsdrohungen der USA und den verstärkten Angriffen der „Contras" eingebracht wurde. Wesentlichen Anteil an der Einbringung der Kaffeernte hatte der sandinistische Jugendverband, der in Schulen und Universitäten Tausende Brigadisten organisierte, die den Campesinos halfen.

Die Brigaden werden am Gedenktag in einer riesigen LKW-Kolonne nach Managua fahren, zur Feier auf dem Platz des 19. Juli, benannt nach dem Datum der Revolution 1979. Unter ihnen auch Hunderte ausländische Brigadisten, die aus aller Herren Länder gekommen waren, um diesen wichtigen Abschnitt der Kampffront in Nicaragua zu unterstützen.

Im folgenden zeichnen wir ein kurzes Lebensbild Sandinos, ein Vorabdruck aus einem demnächst erscheinenden Taschenbuch des Verlags Roter Morgen zur Situation in Mittelamerika.

Augusto Cesar Sandino wurde am 18. Mai 1895, dem Jahr in dem José Martí im Kampf um die Unabhängigkeit Kubas fiel, in dem kleinen Dorf Niquinohomo geboren. Sein Vater, Don Gregorio Sandino, gehörte zu den Kaffee anpflanzenden „ladinos" Niquinohomos, die es zu einem bescheidenen Wohlstand gebracht hatten; seine Mutter, Margarita Calderón, arbeitete als Kaffeepflückerin auf dem Besitz Don Gregorios.

Nach einer harten und entbehrungsreichen Jugend, er mußte z. B. als Neunjähriger mit seiner Mutter ins Gefängnis, weil sie eine Geldschuld nicht abtragen konnte, verläßt er mit 20 Jahren Niquinohomo.

Über die nächsten Jahre wissen wir wenig. Sandino arbeitet auf verschiedenen Plantagen und Haziendas als Schlossergehilfe. Es gibt Geschichten aus dieser Zeit, die Sandino als einen temperamentvollen, feurigen jungen Mann schildern. Nach einer offensichtlich sehr blutigen Auseinandersetzung, bei der es entweder um Ehre oder Geschäfte ging, verläßt Augusto Cesar Sandino 1920 Nicaragua und arbeitet in den nächsten Jahren in verschiedenen Staaten Mittelamerikas auf Ölfeldern.

Im Mai 1926 ist Sandino in Tampico. Es ist die Zeit des Ölbooms in Mexiko. Es ist auch die Zeit, in der der 1919 ermordete mexikanische Bauernrevolutionär Zapata großes Ansehen genießt, in der auch in diesem letzten Winkel der Welt die Ideen der großen sozialistischen Oktoberrevolution bekanntwerden, das Werk der Bolschewiki Begeisterung hervorruft.

Unter den Ölarbeitern, den Stauern im Hafen, unter den vielen Freunden Sandinos werden alle möglichen politischen Konzepte, Theorien und Wege zur Befreiung diskutiert.

Sandino beschließt zu handeln. Denn im Frühjahr 1926 sind wieder einmal nordamerikanische Marineeinheiten von der Bourgeoisie ins Land geholt worden, um ihre und der nordamerikanischen Bergwerks- und Plantagenbesitzer Interessen gegen das Volk durchzusetzen.

Seit 1821 die spanischen Kolonisatoren vertrieben wurden, war Nicaragua immer Spielball reaktionärer Politiker und Mächte. In Geographiebüchern wurde es trotz formaler Unabhängigkeit als US-Kolonie bezeichnet, und wegen der reaktionären Politik seiner Staatsmänner wurden die Nicaraguaner in ganz Lateinamerika „vende patrias", „Vaterlandsverschacherer" genannt.

„Vaterland und Freiheit"

Vom Mai 1926 ist ein Gespräch mit einem Freund überliefert. Sandino berichtet von seinen Plänen, zurückzugehen und in seiner Heimat gegen die Besatzer zu kämpfen. *„Was redest Du, Du gehst ja doch nicht, Kumpel"*, entgegnete sein Freund, *„Ihr Nicaraguaner seid doch alle miteinander Vaterlandsverschacherer."*

Doch Sandino bewies das Gegenteil. Am 1. Juli 1926 ist er zurück in Nicaragua.

Im Norden des Landes arbeitet er im Bergwerk von San Albino, das in nordamerikanischem Besitz war. Ein Arbeiter wie alle anderen, auffällig nur durch seine kleine Statur und den riesigen Texashut, den er immer trägt.

Er beginnt Freunde um sich zu sammeln, mit denen er die erste bewaffnete Einheit aufstellt. An der Grenze nach Honduras kauft er von all seinen Ersparnissen aus der Arbeit auf den Ölfeldern die ersten Waffen von Schmugglern.

Am 2. November 1926 griff er zum ersten Male die mit den USA verbündeten Regierungstruppen an. Der Kampf endete mit einer blutigen Niederlage, die aber nicht zur Resignation führte.

Im Gegenteil: Sandino formierte seine Truppe neu und zog sich in die Segovianer Berge zurück. Dort bauten die Rebellen das legendäre Hauptquartier ihres Kampfes „El Chipote" auf.

Auf einem Berg, zu dem bis dahin kein bekannter Weg führte, der immer von Wolken verhangen ist, entstanden Unterkünfte für die Soldaten, Schuhmacher und Schneiderwerkstätten, hier wurden Waffen repariert und hergestellt. Auch hielten die Aufständischen sich Vieh und Pferde.

Alle Aufrufe, die von Sandinos Heer später verbreitet werden, sind mit der Ortsangabe „El Chipote" versehen. Doch da es diesen Ort auf keiner Landkarte gab, glaubten die US-Soldaten lange Zeit überhaupt nicht an die Existenz dieses Ortes.

Aber von hier aus führte Sandino seine Truppen gegen die US-Marines, die sich wie die Herren des Landes aufspielten und Sandinos Soldaten geringschätzig „Banditen" nannten. Doch das sollte sich bald ändern.

Nach anfänglichen Niederlagen änderten die Nicaraguaner ihre Taktik. Sie suchten nicht mehr die offene Feldschlacht, sondern starteten Überraschungsangriffe aus dem Hinterhalt, überfielen einzelne Kolonnen, stürmten abgelegene Garnisonen in Dörfern.

Die Armee wuchs an. Und am 2. September 1927 schworen auf dem Berg „El Chipote" Hunderte Bauern, Handwerker und andere Patrioten auf das Gründungsdokument des **„Verteidigungsheeres der Nationalen Souveränität Nicaraguas"**. Hunderte Unterschriften oder Daumenabdrücke trägt dieses Dokument und unter der Losung **„Vaterland und Freiheit"** zogen die Kämpfer unter zwei Fahnen, der roten für die Freiheit, der schwarzen für den Tod, in den Kampf.

Nicaragua wird für die 12000 nordamerikanischen Marinesoldaten zur Hölle. Denn für die Befreiung Nicaraguas kämpften nicht nur die Soldaten Sandinos. Jede Einheit hat starke Unterstützung im Volk. Bauern waren Kuriere und Kundschafter, in den Städten gab es viele Informanten, die Truppenverstärkungen, Abmärsche und Nachschublieferungen meldeten. In den unwegsamen Dschungelgebieten hatten die Indianer des Mosquito- und Zambo-Stammes eine regelrechte Marine auf den Flüssen organisiert, die den Kämpfern Nachschub lieferte, sie dem Zugriff überlegener feindlicher Einheiten entzog, bzw. Truppen in den Rücken des Feindes transportierte.

„Damned country" — verdammtes Land — nannten es die Marines. Nicht nur weil Regen, Mücken und Morast, reißende Tiere und Flüsse feindlich waren, vor allem: Sie waren nirgends mehr sicher.

Jeder Baum, jede Schlucht konnte Sandinos Soldaten verbergen, waren Hinterhalte gegen die Yankees. Jeder gebrochene Ast, der Ruf eines Vogels konnte eine Angriffs- oder Informationsmeldung sein.

So gab es den „Chor der Engel". Kinder — zum größten Teil Kriegswaisen, die für die Befreiungsarmee kämpften. Sie führten mit ihrem Geschrei US-amerikanische Truppenteile in die Irre oder täuschten mit tausenderlei Geräuschen ein vielfaches der wirklichen Angriffsstärke der Soldaten vor und halfen so mit, den Yankees Schlag auf Schlag zu versetzen.

Die USA antworteten zunächst mit brutalem Terror gegen das Volk, gegen alle, die im Verdacht standen, das Verteidigungsheer zu unterstützen. KZs wurden errichtet, neue Marinecorps-Einheiten kamen ins Land. Doch das Morden und Brennen der Besatzer verstärkte nur die Kampfentschlossenheit der Patrioten. Genauso hart schlugen sie zurück. Und wo es ihnen an guten Waffen und Ausrüstung fehlte, kämpften sie mit allen Mitteln: Sie bauten selbst Bomben aus Eisenteilen und Dynamit, die sie in Lederlappen wickelten und sprengten damit manchen Yankee-Trupp in die Luft. In unübersichtlichem Gelände griffen sie oft nur mit Macheten an, worauf viele Yankees im wahrsten Sinne des Wortes kopflos reagierten. In anderen Fällen trieben sie die feindlichen Soldaten in Zuckerrohrfelder und zündeten diese an allen vier Seiten an ...

„Wer hat Sie zum General gemacht?" — „Meine Soldaten."

General Sandino auf die Frage eines bürgerlichen Militärs

Im Frühjahr 1930 schlug der erst 25jährige General Miguel Angel Ortez, dessen blonde Haare zu einem Schreckenssymbol für US-Soldaten geworden waren, mit seiner gefürchteten Truppe eine entscheidende Schlacht. Ganz in der Nähe der Hauptstadt Managua rieb er eine ganze Marineeinheit auf, tötete alle, bis auf zwei Yankees, die fliehen konnten.

Die militärische Niederlage der US-Armee begann. Jetzt gab sogar die bürgerliche US-Presse die Bezeichnung Banditen auf.

Es nützte den Besatzern auch nichts mehr, daß sie endlich „El Chipote" mit Aufklärungsflugzeugen entdeckt hatten. Sie bombardierten es lange und schickten ein Expeditionscorps in die Berge. Doch die Festung wurde schnell geräumt, nur Strohpuppen sicherten den Berg.

Die Yankees, die in dem unwegsamen Berggelände sehr vorsichtig operierten, wurden tagelang dadurch aufgehalten und ihr Kriegserfolg war dann später die Besetzung eines verlassenen Berggipfels.

Mit dem militärischen Rückzug der US-Streitkräfte war der Kampf aber nicht gewonnen. Die USA begannen nämlich in Nicaragua ein faschistisches Heer mit ihnen treu ergebenen und abhängigen Offizieren und Generälen aufzubauen — die Nationalgarde, eine Armee, bewaffnet, ausgebildet und ausgerichtet darauf, die Aufgaben der abziehenden US-Besatzungstruppen zu übernehmen, kürz, die Rolle der Besatzungsmacht im eigenen Land einzunehmen. Nach dem Aufbau der Nationalgarde verlassen die US-Einheiten im Januar 1933 Nicaragua und das von Sandino geführte „Ejército Defensor de la Soberanía de Nicaragua" wird gemäß dem von A. C. Sandino am 2. 2. 1933 mit unterzeichneten „convenio de paz" entwaffnet.

Ein Jahr später, Anfang 1934, fährt Augusto Cesar Sandino erneut nach Managua, um mit der bürgerlichen Regierung unter Juan Bautista Sacasa zu verhandeln. Das Hauptdiskussionsthema Sandinos: die Repressalien und Angriffe der Guardia Nacional gegen die ehemaligen Mitkämpfer Sandinos auf dem Land. Nach einem Gespräch im Präsidentenpalais wird das Auto, in dem er mit zweien seiner Generäle sitzt, von Nationalgardisten gestoppt.

Alle Insassen werden verhaftet, noch in der gleichen Nacht werden sie erschossen.

Der Oberbefehlshaber der Nationalgarde hieß Anastasio Somoza, der sich für diese Bluttat auf eine direkte Weisung des Botschafters der USA berufen konnte.

Kurze Zeit später stürzt er auch die bürgerliche Regierung. Er errichtet sein Schreckensregime, daß von seinem Sohn, dem am 17. Juli 1979, zwei Tage vor der endgültigen Befreiung Nicaraguas vertriebenen Diktator weitergeführt wurde, nachdem ein tapferer Patriot den alten Somoza erschossen hatte.

General Augusto Cesar Sandinos letzte Worte sollen gewesen sein: *„Die Politiker haben mich hinters Licht geführt."* Eine Parallele zu heute tut sich auf: Es wird darum gehen, daß nicht ein zweites Mal bürgerliche Politiker die Erfolge des Volkskrieges verraten.

Korrespondenz aus Hattingen

„Wer kämpft, kann verlieren — wer nicht kämpft, hat bereits verloren!"

Unter diesem Motto haben die rund 800 Beschäftigten der Flanschenfabrik Mönninghoff in Hattingen/Ruhr ihren Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze gestellt. Die Kollegen halten seit dem 31. Januar den Betrieb besetzt, um den Abtransport der Maschinen und des Rohmaterials durch Lieferanten und Banken zu verhindern.

Mönninghoff steckt seit dem Bankrott des Bochumer Ölexporteurs und Ostgeschäftspezialisten Schnapka („Bomin") in der Krise. Nur durch einen konsequenten Kampf der Belegschaft und große Unterstützung



der Hattinger Bevölkerung (in dem 60000-Einwohner-Städtchen demonstrierten 6000 Menschen ihre Solidarität mit den Mönninghoff-Kollegen) konnten im Mai 83 noch einmal die Arbeitsplätze bei Mönninghoff gerettet werden. Die Landesregierung NRW übernahm eine Kreditbürgschaft über 28 Millionen DM und die landeseigene WestLB und die Bank für Gemeinwirtschaft wurden die Hausbanken der Firma. Sie hatten die landesverbürgten Kredite auszuzahlen. Bis Anfang Dezemger waren 15,4 Millionen dieser Kredite ausgezahlt.

Ende des Jahres nimmt der Druck der Banken auf das Unternehmen zu. Die Geschäftsfürhung verlangt daraufhin vom Betriebsrat die Zustimmung zu einem sogenannten Radikalsanierungskonzept, das den Abbau der Belegschaft von 791 Beschäftigten auf 545 vorsieht. Noch am 14. Januar lehnt der Betriebsrat in einer Sondersitzung die Zustimmung zu dieser Radikalkur ab, stimmt aber am 19. Januar den geforderten Massenentlassungen zu. Wie in vielen anderen Betrieben wird von Betriebsratsseite die Hoffnung daran geknüpft, durch eine Politik der Vorleistungen die anderen Arbeitsplätze erhalten zu können.

Der Betriebsrat macht den Banken, den Kreditversicherern und der Geschäftsführung ausdrücklich dieses Angebot. Außerdem wird vom Betriebsrat Zins- und Forderungsverzicht der Banken verlangt. Den Banken (auch der Bank für Gemeinwirtschaft) ist dies alles nicht „radikal" genug. Sie lassen die Belegschaft in einer Erklärung wissen:

„Nach ausführlicher Erörterung des von der Firma Mönninghoff GmbH Hattingen/Bochum zuletzt vorgelegten Reorganisierungskonzepts besteht nach Auffassung der kreditgebenden Banken keine reelle Überlebenschance mehr für das Unternehmen. Sie sahen sich deshalb — trotz Zusicherung des Landes NRW, zu seiner Bürgschaftszusage zu stehen — nicht mehr in der Lage, eine weitere Kreditauszahlung vorzunehmen". Sie drehen also auf gut deutsch den Kredithahn total zu und wollen das Unternehmen in den Konkurs treiben.

In dieser Situation beschließt die Belegschaft auf einer a.o. Belegschaftsversammlung am 25. Januar ab dem 26. Januar eine Torsicherung einzuführen, um zu verhindern, daß die Lieferanten den Betrieb ausplündern und so die Produktion lahmlegen. Die Geschäftsführung droht mit der Polizei, wagt aber den Polizeieinsatz nicht, als am 26. Januar auf dem Hattinger Untermarkt erneut 4000 Menschen ihre Solidarität mit den Mönninghoff-Kollegen demonstrieren. Ende Januar verhandelt der Betriebsrat mit den beteiligten Hausbanken über die Weiterzahlung der fälligen Kreditraten. In Düsseldorf können sie mit dem Vorstand der WestLB reden. Besonders verbittert aber die Kollegen — bis in die Betriebsratsspitze —, daß sie in Frankfurt bei der Bank für Gemeinwirtschaft mit einigen Leuten der Rechtsabteilung abgespeist werden. Wie die WestLB lehnt auch die gewerkschaftseigene BfG die Weiterzahlung der Kredite ab und will den Betrieb geschlossen haben. In dieser Situation beschließt die Belegschaft auf einer a.o. Betriebsversammlung bei nur zwei Gegenstimmen die Besetzung des Betriebes. Die Belegschaft beschließt ferner, daß gegen das Votum des Vergleichsverwalters die Produktion weitergeführt wird, damit die Kunden nicht verloren gehen und der Betrieb nicht zusammenbricht. Bis heute ist die Belegschaft ohne den Januarlohn. Alle eingehenden Gelder krallen sich Banken oder werden vom Vergleichsverwalter an die Lieferanten überwiesen.

Die Kollegen halten seit dem 29. Januar das Tor Tag und Nacht besetzt. Die Situation ist jetzt so, daß der Vergleichsverwalter Freitag letzter Woche den Konkurs angemeldet hat und das Amtsgericht Hattingen vermutlich Anfang dieser Woche die Eröffnung des Konkursverfahrens beschließen wird. Für den Fall hat die Belegschaft nahezu einstimmig beschlossen, den Betrieb weiter zu besetzen, aber nicht weiter zu produzieren, weil der Betriebsrat der Auffassung ist, daß dann ein eventueller Anspruch auf Arbeitslosengeld aufgegeben wird.

Von Seiten des Betriebsrats und der örtlichen IG Metall wird jetzt mit der Fortsetzung der Betriebsbesetzung die Forderung verknüpft, daß unter der Regie der Landesregierung NRW eine Auffanggesellschaft für Mönninghoff gebildet wird. Für diese Gesellschaft werden Finanziers bei Beteiligung des Landes und der Stadt gesucht. Von den Hausbanken wird Zins- und Forderungsverzicht verlangt. Ob diese Forderung nach Bildung einer Auffanggesellschaft aber tatsächlich so schlagkräftig und auch einigungsfähig ist, daß damit die Arbeitsplätze gerettet werden können, bezweifle ich. Denn für die Kapitalseite ist dieser Betrieb — trotz eines Auftragsbestandes von acht Wochen — aus betriebswirtschaftlichen Gründen schon längst tot. Und so dürften sich wohl kaum andere Banken oder Privatkapitalisten finden lassen, die dieses Projekt finanzierren.

Von Betriebsratsseite bestehen auch heftige Illusionen darüber — und werden im Betrieb verbreitet —, in welchem Maße die SPD-Landesregierung von NRW auf der Seite der Belegschaft steht. Was solche Solidaritätsbekundungen wert sind, hat man in den letzten Jahren in den Stahlstädten des Reviers reichlich erfahren können.

Ich meine: Um eine solche Betriebsbesetzung tatsächlich zum Erfolg (die Rettung der Arbeitsplätze) zu führen, ist es durchaus notwendig, sich wie der Betriebsrat von Mönninghoff auch konkrete Überlegungen zu machen, wie der Betrieb weitergeführt werden soll. Aber anstatt isch auf die profitorientierten betriebswirtschaftlicen Überlegungen der Banken einzulassen, sollte der Betriebsrat aus der Tatsache heraus, daß sich bei Mönninghoff Kapital- und Arbeiterinteressen unversöhnlich gegenüberstehen, daß auch die NRW-Regierung durchaus die Überlegungen der Banken teilt, die Schlußfolgerung ziehen, die Verstaatlichung des Betriebes zu fordern. Dann kann die SPD-Landesregierung auch Farbe bekennen.

Was die Belegschaft aber jetzt mächtig brauchen kann, ist die Fortsetzung der Solidarität aus möglichst vielen anderen Betrieben. Schickt Solidaritätsadressen und Geldspenden an das „Aktionskomitee der Mönninghoff-Beschäftigten", Gottwaldstr. 17, 4320 Hattingen.

Zur Entwicklung bei Mönninghoff erhielten wir folgenden Leserbrief:

Empört über die Haltung der BfG

Liebe Genossen!

Zu dem Bericht über die Besetzung der Firma Mönninghoff in Hattingen (RM 6/84). Eine Rolle, sicher nicht die allein entscheidende, hat dabei die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft gespielt. Sie hat sich dort nicht anders als die „normale" privatkapitalistische Westdeutsche Landesbank verhalten. Das brachte die Teilnehmer an Seminaren im nahen Bildungszentrum der IG Metall in Sprockhövel zu folgender Stellungnahme:

„Arbeitsplätze bei der Firma Mönninghoff in Hattingen

Die Teilnehmer des IG-Metall-Bildungszentrums in Sprockhövel sind empört darüber, daß die Bank für Gemeinwirtschaft nicht bereit ist, unseren Kolleginnen und Kollegen der Firma Mönninghoff, Hattingen, eine Vorfinanzierung zur Auszahlung der Löhne und Gehälter sicherzustellen.

Die Belegschaft von Mönnighoff und der Bevollmächtigte der IG Metall, Hattingen, informierten uns in einer Solidaritätsveranstaltung im Bildungszentrum über dieses, unserer Ansicht nach skandalöse Verhalten unserer gewerkschaftseigenen Bank, zumal aus der Gewährung der Vorfinanzierung der Bank für Gemeinwirtschaft keine finanziellen Risiken erwachsen würden.

Die Kolleginnen und Kollegen von Mönninghoff kämpfen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und somit um ihre Existenz und der ihrer Familien. Sie sind in diese Lage geraten durch das unverantwortliche Unternehmerverhalten der Bomin-Gruppe.

Nach zehntägigem Kampf im Mai 1983 konnten die Beschäftigten den Fortbestand ihrer Arbeitsplätze erreichen, die nun erneut gefährdet sind.

Als Gewerkschafter erwarten wir von der Bank für Gemeinwirtschaft, daß sie sich in dieser Situation ihrem Namen entsprechend verhält und nicht ebenso skrupellos handelt wie die West-LB.

Wir erwarten auch, daß die Bank für Gemeinwirtschaft sich für ein Produktionskonzept bei der Firma Mönnighoff einsetzt, bei dem alle Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Wenn wir in die Betriebe zurückkehren, werden wir unsere Kolleginnen und Kollegen vom Kampf der Belegschaft um ihre Arbeitsplätze bei Mönnighoff informieren. Es liegt bei Ihnen, ob wir dabei die Rolle der Bank für Gemeinwirtschaft positiv darstellen können oder nicht."

Allerdings reicht es nicht, nur auf die BfG zu schlagen. Vielmehr müssen wir, gerade in Situationen wie dieser, wo Belegschaften im Abwehrkampf gegen Maßnahmen der Unternehmer stehen, dort, wo wir arbeiten: die Solidarität organisieren (von der Solidaritätsadresse, über eine Geldsammlung bis hin zu Sympathieaktionen/Streiks); über die Ursachen und Verantwortlichkeiten, die zur Lage in dem Betrieb führten, mit unseren Kollegen reden („unfähige Manager" oder kapitalistische Krise); gemeinsam mit unseren Kollegen überlegen, was wir konkret tun können, um rauszukommen aus der kapitalistischen Krise, hin zu einer Gesellschaft, in der nach unseren Bedürfnissen produziert wird — zum Sozialismus. Dabei müssen diese Schritte sowohl auf politischer als auch auf gewerkschaftlicher Ebene diskutiert werden, als auch praktisch nachvollziehbar und durchführbar sein.

Mit kämpferischem Gruß
ein IG Metaller

Manteltarifverhandlungen

Warnstreiks in Brauereien



Wie auf unserem Bild in der Dortmunder Actien-Brauerei traten in den letzten Tagen und Wochen die Arbeiter und Angestellten mehrerer Brauereien in Warnstreiks. Seit nunmehr einem Jahr laufen mittlerweile die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag. Vor allem geht es um eine tarifliche Absicherung der Vorruhestandsregelung, um mehr Urlaub und mehr Urlaubsgeld. Bekanntlich gehört die Gewerkschaft Nahrung, Gaststätte, Genuß (NGG) zu den Gewerkschaften, die die 35-Stunden-Woche aktuell nicht fordern.

Ob das derzeit verhandelte Forderungspaket zum Manteltarif ausreicht, um den Auswirkungen der Rationalisierung für die Brauer wirksam zu begegnen, erscheint eher zweifelhaft. In der Brauindustrie haben die Kapitalisten die Rationalisierung ungeheuer vorangetrieben. 1965 brauten 9000 Beschäftigte 7 Millionen Hektoliter, 1983 wurde der gleiche Bierausstoß von 3100 Beschäftigten bewältigt. In dieser Situation hilft es natürlich nichts, zu erklären, daß die 35-Stunden-Woche an sich die richtige Forderung wäre. Wie die Lage ist, müssen jetzt die erhobenen Forderungen zum Manteltarif durchgesetzt werden.

Mannesmann-Röhrenwerke /Duisburg

Vertreterwahl angefochten

Die Vertreterwahlen bei Mannesmann in Duisburg hatten ein scheinbar eindeutiges Ergebnis: gewählt wurden 28 Kandidatinnen und Kandidaten des sogenannten Stommel-Kassibers (K. H. Stommel ist der Betriebsratsvorsitzende). Eine Kollegin und drei Kollegen haben nun die Wahl angefochten — aus guten Gründen, wie es scheint.

Im „Mitmischer", einem unabhängigen Informationsblatt bei Mannesmann, beschreibt ein Kollege, wie er „gewählt" hat: „Da komm' ich in die Kaue, da drückt mir der Betriebsrat 'nen Zettel in die Hand. Die da draufstehn soll ich wählen. Zig Kollegen stehen im Flur und machen ihre Kreuze. Wofür? Die meisten wissen es nicht. Irgend 'ne Wahl. Ich will mich umziehen und nach Hause. Also schnell die Kreuze — und dann weg."

In einem Flugblatt an die Belegschaft legen die Kollegen die Gründe für die Wahlanfechtung dar. Daraus geht hervor, daß die Belegschaft völlig unzureichend über die Wahl informiert war, daß in den einzelnen Bereichen die Wahlzeiten der Belegschaft vor der Wahl überhaupt nicht bekannt waren, daß keine ordnungsgemäße Wahl der Wahlkommission durch die Vertrauensleute erfolgte. Die Kollegen stellen fest, daß das passive Wahlrecht (also das Recht zu kandidieren) dadurch eingeschränkt wurde, daß die „einfachen" Gewerkschaftsmitglieder überwiegend nicht über den Termin für die Eintragung in die Kandidatenliste informiert waren. Weil eine Wählerliste nicht erstellt wurde, können nach Auffassungen der Kollegen Mehrfachwähler nicht ausgeschlossen werden, die unzureichende Sicherung der Wahlurnen hätte Manipulationen (Einwurf bzw. Entnahme von Stimmzetteln) ermöglicht. Eine Kontrolle der Wahl durch die Mitglieder sei wegen mangelnder Information kaum möglich gewesen. Einem Kollegen, der die Wahl beobachten wollte, seien von einem Wahlhelfer sogar Schläge angeboten worden. Die Möglichkeit der geheimen Wahl sei praktisch nicht gewährleistet gewesen, Wahlhelfer seien noch in den Wahllokalen massiv als Wahlwerber für den Stommel-Kassiber aufgetreten, Kollegen sei bei der Wahl „die Hand geführt" worden u.a.

Die Verwaltungsstelle Duisburg hat durch ein Schreiben ihres ersten Bevollmächtigten Reinhard Bulitz die Vorwürfe zurückgewiesen und den Antrag auf Ungültigerklärung und Wiederholung der Wahl als unbegründet zurückgewiesen. Bulitz fordert die Kollegin und die drei Kollegen, die die Wahl anfechten, auf, „1. die erhobenen Anschuldigungen gegen die Mitglieder der Vertrauenskörperleitung, sie hätten die Vertreterwahlen unkorrekt durchgeführt, zurückzunehmen und 2. die Weiterverbreitung der Anschuldigungen ab sofort zu unterlassen."

Der drohende Unterton ist unverkennbar. Er wird dadurch unterstrichen, daß Betriebsratsmitglieder im Betrieb verbreiten, die Vertrauenskörperleitung hätte einen Ausschlußantrag gegen die Kollegen gestellt.

Es ist eine Tatsache, daß Wahlanfechtungen schwer zu beweisen sind. Darauf vertraut offensichtlich die Duisburger Verwaltungsstelle. Sie selbst bedauert in ihrer Stellungnahme, daß „ein Wahlhelfer sich unkorrekt verhalten und einem Kollegen im Wahllokal Schläge angeboten hat". Nach Ansicht der Verwaltungsstelle ein Einzelfall. Schwer zu glauben, daß so ein „Einzelfall" sich ereignet, ohne daß von bestimmter Seite ein entsprechendes Klima um diese Wahl geschaffen wurde.

Wahlausgänge bei Mannesmann haben schon des öfteren in Teilen der Belegschaft, der aktiven Gewerkschafter und auch in der Redaktion dieser Zeitung Verwunderung ausgelöst. Das Verhalten der Duisburger Verwaltungsstelle der IG Metall ist wirklich nicht geeignet, das Vertrauen in die korrekte Durchführung von Wahlen bei Mannesmann wiederherzustellen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen wäre das aber unbedingt notwendig.

Gestra /Bremen

VK-Leiterin soll entlassen werden

Kirsten Tillmann, technische Zeichnerin und VK-Leiterin bei der Gestra, einem Bremer Metallbetrieb mit 700 Beschäftigten, soll entlassen werden. Die Geschäftsleitung gibt Rationalisierungsgründe an. In Wirklichkeit geht es um einen Versuch der Unternehmensleitung, eine unbequeme, aktive und kämpferische Gewerkschafterin loszuwerden.

Der Frauenausschuß der IG Metall hatte für den 20.2. zu einer Solidaritätsaktion vor dem Betriebstor aufgerufen. Auf einem großen Transparent wurde gegen die Behinderung der Gewerkschaftsarbeit protestiert. Ein anderes Transparent unterstrich die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche.

Unter den Gewerkschaftern, die zwischen 6 Uhr und 8.30 Uhr diese Solidaritätsaktion durchführten und Flugblätter an die Kolleginnen und Kollegen verteilten, waren eine Reihe Kollegen aus anderen Bremer Betrieben: die Betriebsratsvorsitzenden von Klöckner und AG Weser, die Kollegen Sörgel und Ziegenfuß, der Hapag-Lloyd-Betriebsrat Jürgen Söhncksen u.a.

Auf einem Protestschild wurde eine sehr berechtigte Frage gestellt: „Betriebsrat von Gestra — wo bleibt dein Widerspruch?" Tatsächlich hat die Mehrheit des Betriebsrats beschlossen, keinen Widerspruch gegen die Kündigung von Kirsten Tillmann einzulegen, obwohl von der IG Metall dazu aufgefordert.

Als Hintergrund für dieses, dem gewerkschaftlichen Solidaritätsprinzip Hohn sprechende Verhalten der BR-Mehrheit wird folgendes vermutet: Die BR-Mehrheit sieht ihren Einfluß im Betrieb durch die Aktivität von Kirsten Tillmann und anderen aktiven Gewerkschaftern offensichtlich gefährdet. Tatsächlich gingen die gewerkschaftlichen Aktivitäten zunehmend in letzter Zeit vom Vertrauensleutekörper aus.

Kirsten Tillmann und andere fortschrittliche Gewerkschafter wollen für die Wahl zum Betriebsrat kandidieren. Einige der Betriebsräte, die jetzt einen Widerspruch gegen die Kündigung von Kirsten ablehnten, sehen dadurch wohl ihre Chancen auf Wiederwahl erheblich gemindert.

Um so wichtiger und erfreulicher ist die Solidarität unter Bremens Gewerkschaftern.

Ein wichtiger Grund für die Solidarität mit Kirsten Tillmann über den Betrieb hinaus ist wohl auch, daß die Firmenleitung der Gestra sich schon zweimal bei der Hinaussäuberung von unbequemen Gewerkschaftern aus dem Betrieb hervorgetan hat. Ein Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat (!) der Gestra und eine Vertrauensfrau wurden bereits zur Annahme von Aufhebungsverträgen erpreßt, indem ihnen einerseits die Geschäftsleitung mit Kündigung drohte, der Betriebsrat andererseits erklärte, Widerspruch würde nicht eingelegt.

Immerhin hat auch der erste Bevollmächtigte der IG Metall in Bremen in einer Sendung von Radio Bremen die beabsichtigte Kündigung von Kirsten Tillmann als Angriff auf die Gewerkschaftsarbeit kritisiert. Gegen die in letzter Zeit offensichtlich wieder zunehmenden Angriffe der Unternehmer auf kämpferische Betriebsräte und Vertrauensleute ist Solidarität über den Betrieb und den Ort hinaus notwendig. Solidaritätsadressen und Protestresolutionen gegen die Entlassung von Kirsten Tillmann können an folgende Adresse geschickt werden: Leitung des Vertrauensleutekörpers der IG Metll, c/o Gestra, Hemmstr. 103, 2000 Bremen 1

Betriebsratswahlen Mannesmann

„Konsequente Gewerkschafter" kandidieren gemeinsam

Bei Mannesmann in Duisburg ist Persönlichkeitswahl. Eine Kollegin und zwölf Kollegen treten aber unter der Bezeichnung „Konsequente Gewerkschafter — aktiv, betriebsnah, demokratisch" mit einem gemeinsamen Programm auf. Im folgenden dokumentieren wir den Text eines Flugblattes, in dem diese Kollegengruppe sich mit der Politik der Betriebsratsmehrheit um den Vorsitzenden K.H. Stommel auseinandersetzt:

„Seit 3 1/2 Jahren bestimmen K.H. Stommel und seine Mannschaft den Kurs des Betriebsrates auf der Hütte. In einem Interview mit der WAZ sagte K.H. Stommel am 18.4.80: „An unserer Arbeit wird sich kaum etwas ändern. Wir werden auch weiterhin mit hartem Kurs fahren, um die Interessen der Belegschaft durchzusetzen".

Dies war kurz nach dem Ausscheiden von Herbert Knapp. Zur Betriebsratswahl trat die Stommel-Mannschaft mit der Parole an „Neue Arbeitsplätze schaffen". Seitdem mußten wir jedoch folgendes erleben:

• Die Vernichtung von nahezu dreitausend Arbeitsplätzen auf der Hütte.

• Wechselbäder zwischen Höchstleistung und Kurzarbeit.

• Zunehmende Arbeitshetze, weil freie Stellen häufig nicht mehr besetzt werden.

• Betriebsschließungen mit zum Teil hohen Einkommensverlusten für die Betroffenen.

• Umbesetzungen auf oftmals miserable Arbeitsplätze.

• Abbau zahlreicher Sozialleistungen.

• Einführung von Datensystemen, mit unbegrenzten Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten und weitreichenden Folgen für die Arbeitsplätze, vor allem auch der Angestellten.

Ende vergangenen Jahres geisterte sogar das Gespenst von Massenentlassungen auf der Hütte herum.



Von links nach rechts: Claus Halama, Harry van Duijin, Reinhold Rüppel, Veli Korkankormaz, Alfred Bergmann, Herbert Wohlgefahrt, Klaus Paukstat, Bruno Urbanski, Johanna Gutjahr, Klaus Koch, Ali Köysüren, Horst Schoofs, Klaus Richter

So darf es nicht weitergehen

Wir wissen auch, daß viele Fragen von Rationalisierung durch den Betriebsrat nicht verhindert werden können und daß es schwieriger geworden ist, für die Belegschaft etwas herauszuholen. Um so notwendiger ist es, um jeden Arbeitsplatz, um jedes soziale Recht und um jeden Pfennig Lohn und Gehalt zu kämpfen. Zu kämpfen, mit allen gesetzlichen und tarifvertraglichen Mitteln und vor allem mit der Unterstützung einer gut informierten Belegschaft.

Dies ist nicht geschehen und auch nicht zu erwarten von einem Betriebsrat, der

• die betriebliche und außerbetriebliche Öffentlichkeit nicht ausreichen herstellt, weil das gute Verhältnis zur Werksleitung gestört werden könnte, auf das beide Seiten so stolz sind;

• der gesetzliche und tarifvertragliche Rechte nicht nutzt, wie z.B. beim Zwangsurlaub und bei der Einführung von Datensystemen;

• der kurzatmig immer schlechter werdende Einzelregelungen abschließt, anstatt gegen die seit Jahren absehbaren Folgen der Rationalisierung auch langfristig anzugehen.

• der die Belegschaft oft erst dann informiert, wenn die Spatzen schon den Dächern pfeifen, „was Sache ist".

Für eine Alternative

Wir wollen hier die Arbeit des jetzigen Betriebsrates in seiner Mehrheit nicht in Bausch und Bogen verurteilen. Wir sind keine Querulanten oder linken Spinner, sondern seit langen Jahren gewerkschaftlich aktive Kolleginnen und Kollegen. Wir wissen: Der Kurs der jetzigen Betriebsratsmehrheit hat zu Fehlentwicklungen auf einigen Gebieten geführt. Dazu gab und gibt es Alternativen. So beim Zwangsurlaub, so bei Kurzarbeitsvereinbarungen, so in der Frage der Einkommenssicherungen bie Umbesetzungen und auf anderen Gebieten.

Wir haben unsere Kritik und unsere Vorschläge vorgetragen, ohne damit bei der jetzigen Betriebsratsmehrheit auf offene Ohren zu stoßen.

Stattdessen wurden wir als Chaoten, Nörgler und ewige Querulanten diffamiert.

Das hat uns nicht gehindert, uns weiterhin ohne Eigennutz für die Interessen der Belegschaft einzusetzen. Wir stehen für Meinungsvielfalt und Demokratie, wir stehen für frischen Wind im Betriebsrat.

Darum bitten wir um eure Stimme bei der Betriebsratswahl.

35er Spende!

Aber ja: Spenden für die 35-Stunden-Woche, bzw. den Kampf darum. Daß die Partei hier viel vor hat, weiß jeder, der den Roten Morgen schon mal gelesen hat, daß dies bereits begonnen hat, ebenfalls. Doch daß das auch besonders Geld kostet, überlegt man nicht so ohne weiteres. Deshalb dieser Anstoß! Es ist nicht nur, daß die KPD zu diesem so wichtigen Kampf besonders viel machen will und macht, es ist auch so, daß sie dazu durchaus Eigenes zu sagen hat, was wichtig ist, daß es unter „die Leute" kommt, seien es Flugblätter, Plakate, Veranstaltungen oder besondere Aktionen. Für diese Sache brauchen wir auch deine Spende unter dem Stichwort „35" auf Konto-Nummer: 6420-467, (Bankleitzahl 440 100 46), Postscheckamt Dortmund, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Rund um die 35

15 000 Neueinstellungen muß VW vornehmen, wenn wir morgen die 35-Stunden-Woche hätten. Das erklärte der VW-Beauftragte Kugland bei der letzten Tarifverhandlung. 7800 mehr Leistungslöhner, 7200 mehr Angestellte und Zeitlöhner. Das würde zu teuer. So begründete Kugland die Ablehnung der 35-Stunden-Woche bei VW. 15000 neue Arbeitsplätze bei VW — und das in einer Situation, in der die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen hoch und die Rationalisierungsmaßnahmen bei VW massiv sind. Wenn das kein Grund für die VW-Kollegen ist, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen ... (Nach: „Der Motor", Betriebszeitung der KPD bei VW)

38,5-Stunden-Woche?

Die IG-Chemie, Papier, Keramik und die IG Metall schlossen für die Beschäftigen der Gummiwerke Fulda eine Vereinbarung über 38,5 Stunden Arbeitszeit pro Woche ab. Mit vollem Lohnausgleich zwar, aber auch mit einer Vereinbarung über eine 6-Tage-Woche. Mitten in der Mobilisierungskampagne für die 35-Stunden-Woche ein Abschluß über 38,5 Stunden — da kommt der Gewerkschaftsaktivist ins Grübeln.

Aktionen

Nicht nur im Betrieb, sondern auch in der Stadt sind jetzt Werbeaktionen für die 35-Stunden-Woche angesagt. Was liegt näher als eben den Parteiflugblättern gemeinsam mit Kollegen die Materialien der IG Metall unter das Volk zu bringen. An sich gibt es ja ziemlich viel. Aber manche Sekretäre sitzen darauf, als wollten sie das Material ausbrüten. Da lohnt es sich vom Betrieb aus hinzugehen und Luftballons, Flugblätter, Plakate für Werbeaktionen in der Stadt zu verlangen.

Ansonsten gibt es in der Gewerkschaftspresse zum Teil wirklich gute Anregungen, wie sich auch Info-Stände in der Stadt interessanter machen lassen. Zum Beispiel die Stuhlaktion. Pro 100, 500 oder 100 (nach Größe des Ortes) Arbeitslose stellen wir einen Stuhl auf. Wieviel Stühle kommen in den nächsten Jahren hinzu, wenn die Entwicklung so weiter geht? Wieviel Stühle können wir wegnehmen, wenn die 35-Stunden-Woche eingeführt ist?

Einfach zu realisieren: Auf einem großen Bogen Papier schreiben wir die Zeile „Ich bin für die 35-Stunden-Woche, weil ..." und fordern die Passanten auf, den Spruch nach der Jägermeister-Methode zu ergänzen.

Ziemlich auffällig: Die Gespensteraktion (ein Gespenst geht um in unserer Stadt: die Arbeitsplatzvernichtung). Die größten Jobkiller der Stadt (Siemens, Hoesch u.a.) werden als Gespenster dargestellt. Ein Schild nennt jeweils die Zahl der von ihnen vernichteten Arbeitsplätze. Die 35-Stunden-Woche macht Schluß mit dem Spuk.

Kommunales Wahlrecht für Ausländer

In Nordrhein-Westfalen ist die ganze Partei gefordert

In Nordrhein-Westfalen gilt es, zu einer wichtigen politischen Forderung unseres Ausländerprogramms nicht nur Stellung zu nehmen, sondern mobilisierend und organisierend tätig zu sein — oder zu werden. Denn wir können es nicht hinnehmen, das Hunderttausende Menschen, unsere Mitbürger aus dem Ausland, nicht mitwählen dürfen. Wie aber sollen wir uns konkret dazu stellen? Was kann man überhaupt machen? — Zu diesem Thema auf dieser Seite zwei Beiträge: den Bericht eines Mitglied des Dortmunder Arbeitskreises „Kommunales Wahlrecht für Ausländer" und ein Kommentar der Redaktion. Reaktionen darauf sind sehr erwünscht — Stellungnahmen an den RM, vor allem praktische Aktivitäten an den Orten.

... zum Beispiel Dortmund

Im Herbst letzten Jahres bildete sich im Dortmunder Osten zum ersten Mal ein „Arbeitskreis Kommunales Wahlrecht für Ausländer", in dem sich nach einer Einladung zu einem Treffen, die von einer deutschen und einer ausländischen Kollegin verschickt wurde, einige Bürger aus dem Stadtteil zusammenfanden. Ein Flugblatt in vier Sprachen wurde gemacht und im Stadtteil verteilt. Größere Kreise zog das Projekt dann, nachdem die Initiatoren dieses Arbeitskreises zu einem Gesamt-Dortmunder Treffen eingeladen hatten. Dieses Treffen fand am 10. Dezember statt. Mehr als 40 Menschen, darunter Vertreter zahlreicher „Ausländerinitiativen", Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und ausländischer Vereine, Gewerkschafter — zum Beispiel Mitglieder des IGM-Arbeitskreises für ausländische Arbeitnehmer — und ander waren gekommen. Als Mit-Referent war ein Vertreter des Verbandes der Initiativen in der Ausländerarbeit (VIA) anwesend. Die VIA hatte kurz zuvor einen Landesverband Nordrhein-Westfalen gegründet, der sich immer noch im Aufbau befindet und dem jede interessierte Initiative beitreten kann. Gerade an dem Wochenende 9./10./11. Dezemger führte die VIA in Bochum ein Seminar zum Thema „kommunales Wahlrecht für Ausländer" durch. (Referenten zu verschiedenen Themen können über den VIA eingeladen werden.)

Auf dieser Versammlung einigten sich die Anwesenden darauf, gemeinsam für die Forderung nach Kommunalwahlrecht für die Ausländer einzutreten, ein gemeinsames Flugblatt herauszubringen und Unterschriften zu sammeln.

Auf einem Treffen im Januar, das von einigen Mitgliedern des Kreises vorbereitet worden war, wurden diese Pläne konkretisiert. Wir einigten uns auf einen Flugblattext, auf die Unterschriftenlisten (den kurzen Text, mit dem auf Initiative der VIA bereits im letzten Juni mit dem Sammeln begonnen worden war, wenn auch nicht mit besonders großem Einsatz und längst nicht landesweit; auf die Rückseite wurde der Text des aufrufes der VIA gedruckt) und auf einige Aktionen, die wir gemeinsam durchführen wollten. Dazu gehörte zum einen das Unterschriftensammeln bei der Dortmunder Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit am 28. Januar. Dort wurde dann allerdings nur in sehr begrenztem Umfang gesammelt, weil die meisten (entgegen der Abmachung, muß man schon sagen) keine Unterschriftenlisten mitgebracht hatten. Das war schon schade, denn hier hätte man sehr viele Unterschriften bekommen können. Immerhin hatten einige Spanier in ihrem Kulturverein bereits sehr viele Unterschriften gesammelt.

Dazu gehört zum anderen die Durchführung einer Veranstaltung mit Landespolitikern möglichst vieler in Dortmund vertretener Parteien, die am 13. März — bewußt im Rahmen der Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit — stattfinden soll.

Wir haben dazu die Parteien angesprochen. Wir wollen auch versuchen, Vertreter aus Holland, vielleicht sogar aus Schweden nach Dortmund zu holen — beispielsweise die Dortmunder SPD und die Dortmunder FDP auf dem Papier für das kommunale Wahlrecht für Ausländer eintreten. Wir wissen andererseits auch, daß keine dieser beiden Parteien sich bisher wirklich dafür stark gemacht hat, daß die Landes-SPD sogar ausdrücklich entschieden hat, diese Frage nicht zum Thema im aktuellen Wahlkampf zu machen. Sie hält es für ein unpopuläres Thema ... Damit geben wir uns nicht zufrieden. Hier wird mit wichtigen Interessen der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien Schindluder getrieben. Wir wollen diese Frage auch nicht auf den nächsten Kommunalwahlkampf vertagen lassen. Wenn wir nicht heute offensiv für die Rechte der Ausländer (und damit allgemein gegen den Abbau demokratischer Rechte, den Vormarsch der Reaktion) kämpfen, wenn sich Zimmermann mit seinen Plänen durchsetzt, wer weiß, wie viele Ausländer dann in ein paar Jahren noch hier sind. Wir nehmen die SPD vor ihren Wählern und Anhängern beim Wort: Wenn sie gegen den Bonnen Reaktionskurs ist, dann soll sie auch auf diesem wichtigen Gebiet Zeichen setzen. In NRW könnte sie es.

Die aktive Vorbereitung dieser Wahlrechts-Kampagne ist bisher immer noch auf einen relativ kleinen Kreis von Leuten beschränkt. Wir hoffen aber, daß jetzt ändern zu können, möglichst alle Dortmunder Initiativen vom „freundlichen Gutheißen" der Aktionen zur aktiven Teilnahme zu bringen. Das wird sich schon in den nächsten Tagen zeigen, wenn wir uns wieder alle treffen. In Dortmund hat sich in der letzten Zeit, besonders während der Vobereitung der Demonstration vom 28. 1. und bei der „Nachbesprechung" ein Kreis gebildet, in dem sich maßgebliche Initiativen und Ausländervereine zusammensetzen. Das könnte ein wirkliches Dortmunder Forum der „Ausländerarbeit" im weitesten Sinne werden. Bei dem Treffen nach der Demonstration haben wir uns bereits darauf verständigt, wichtige Sachen gemeinsam anzupacken, und als aktuellste Themen wurden eben das kommunale Wahlrecht und die Aktionswoche genannt.

Dieses „Forum", wenn es denn wirklich zustandekommt und Bestand hat, wäre nicht der Kreis, in dem **alle** Aktivitäten der einzelnen Initiativen stattfinden. Jene Initiative hat ein ganz spezielles Arbeitsgebiet, inhaltlich wie auch örtlich, und das nimmt sie natürlich weiterhin und gründlich wahr. Wir haben auch, angesichts verschiedener Bedenken über den Stellenwert der Wahlrechts-Kampagne diskutiert, und alle waren sich einig: Das ersetzt jetzt nicht die anderen Aktivitäten, die Bemühungen um die Erlangung von Aufenthaltsberechtigungen zum Beispiel, die Freundschafts- oder auch Sozialarbeit verschiedener Initiativen. Es ist aber eine wichtige politische Angelegenheit, die gemeinsam verfochten werden muß, ein Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung, ein Schritt gegen die Pläne der Bundesregierung, die Vertreibungspolitik, die alle bedroht.



Ein Plakat der Projektgruppe „Visuelle Opposition" zu Zimmermanns Vertreibungsplänen

in diesen Ländern gibt es das kommunale Wahlrecht fü Ausländer bereits.

Die bundesweite Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit wollen wir noch mit andern Aktionen nutzen, um auf unser Anliegen aufmerksam zu machen, um auch möglichst viele Unterschriften zu sammeln. Die dann eingegangenen Listen wollen wir schon übergeben, möglichst die Landesregierung zu einer Stellungnahme bewegen, und dann natürlich mit Nachdruck weitermachen.

Die Parteien sollen gezwungen werden, offen Farbe zu bekennen, was sie wollen, wofür sie sich einsetzen und wofür nicht. Wir wissen ja, daß

Kommunales Wahlrecht für Ausländer

Wir fordern es schon lange

Was haben wir dafür getan?

Im September finden in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen statt. Die folgenden Überlegungen richten sich deshalb in erster Linie an die Genossen, die Partei in NRW.

In Nordrhein-Westfalen sollen etwa eine Million Menschen nicht mitwählen dürfen: die Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Ausland und ihre Familienangehörigen. Sie dürfen hier für die Profite der Kapitalisten schuften, sie dürfen für sie sterben wie vor einigen Tagen auf der „Consolidation" in Gelsenkirchen — aber Rechte haben sie kaum. Nicht einmal wählen dürfen sie, nicht einmal auf kommunaler Ebene.

Die KPD fordert deshalb ausdrücklich das Wahlrecht, als ersten Schritt das kommunale Wahlrecht für die Ausländer. Als einen Beitrag zur vollständigen Gleichstellung mit den Deutschen, die wir anstreben. Im „Roten Morgen" wurde in diesem Sinne während der letzten Bundestagswahl Stellung genommen, zu den NRW-Kommunalwahlen mehrmals ab Juni 1983, nach der Bochumer Demonstration während der Kemnade, auf der zum ersten Mal Unterschriften für diese Forderung gesammelt wurden.

Und man muß auch sagen: Wo in NRW etwas gemacht wird, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wo etwas dafür organisiert wird, da sind Genossen der KPD dabei. Mehr als von den anderen Parteien. Weil diese Forderung wie unser gesamtes Ausländerprogramm für uns kein Alibi ist, sondern ernsthaft ein grundlegender Bestandteil unserer Politik.

Aber wir fangen dennoch zu wenig damit an, wir tun zu wenig, um eine — notwendige — politische Bewegung dafür in Gang zu bringen. In NRW wird das ganz deutlich. Geredet wird bei uns über die Notwendigkeit einer Kampagne zum kommunalen Wahlrecht schon seit fast einem Jahr. Wenn man sich in NRW umsieht, läuft aber nicht viel, und es ist sicher nicht damit getan, die Schuld dafür etwa bei der VIA zu suchen, die im vergangenen Juni diese Forderung mit ihrem Aufruf öffentlich gemacht hat. Das war eine gute Sache, von Anfang an auch von uns mitgetragen, zum Beispiel über die Initiativen in Bochum. Wenn wir sagen: Sie muß ausgebaut werden — dann müssen wir uns selbst dafür einsetzen.

Es stand mal im RM (25/83) zu der begonnenen Unterschriftensammlung: „So gilt es, weiterzumachen, und zahlreiche Initiativen in NRW sollten diese Liste übernehmen." Diese Unterschriftensammlung ist in der Tat zentraier Bestandteil und Bindeglied der Kampagne.

Man muß das oft selbst tun. Daß das Arbeit kostet, daß man dadurch aber auch etwas in Gang setzen kann — von den unausweichlich notwendigen Diskussionen über den Nutzen dieser Forderung bis zum Einstieg in und zur Durchführung von entsprechenden Aktionen — zeigt sich beispielsweise in Dortmund.

Kommunalwahlen sind im September. Jetzt haben wir bald März. Sechs Monate, ein halbes Jahr Zeit — nicht viel. Aber erst recht kein Grund, die Sache jetzt laufen zu lassen. Sondern ein Grund, endlich damit anzufangen, diese Forderung überall dort, wo wir vertreten sind, zum öffentlichen Diskussionsthema zu machen und nach Möglichkeit für Druck in diesem Sinne zu sorgen, eben die Kräfte am Ort, die dafür ansprechbar sind, anzusprechen und zu mobilisieren. Dort, wo die Partei sich zur eigenständigen Kandidatur oder zur Teilnahme an Wahlbündnissen entschließt, muß es erst recht selbstverständlich sein, dies offensiv zu einem Thema des Wahlkampfes zu machen. (Nur nicht warten, bis die Frage der Kandidatur ausdiskutiert und entschieden ist.)

In den Montanbetrieben NRWs kann man zur Zeit erleben, wie Druck gemacht wird für die „Rückkehr" der Ausländer. Wie der prämierte Einstieg in die Ausländervertreibungspolitik aussieht, die dann ohne Prämien fortgesetzt werden soll. Man kann gleichzeitig erleben, wie die politischen Parteien da mitmachen, wie die Gewerkschaftsführungen mitmachen, wie selbst linke Kräfte sich scheuen, dieses „heiße Eisen" anzupacken (beispielsweise die DKP, deren Betriebsräte, etwa bei Hoesch-Westfalenhütte und -Union, den betrieblichen „Rückkehrförderungsmaßnahmen" auch noch zustimmen).

Wir wollen gegen diese Politik nicht nur defensiv Stellung nehmen, wir sagen auch: Mehr Rechte müssen her für unsere ausländischen Kollegen und Mitbürger. Die Wahlen sind für uns auch ein Prüfstein. Sie stehen an, und wir müssen uns dazu äußern. Müssen dem Trend der „Nichtbefassung" mit diesem „unpopulären", „lästigen" Problem, der so sehr und so offenkundig der schwärzesten Reaktion nutzt, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentreten.

Man kann dabei auf die Erfahrungen zurückgreifen, die bereits gemacht wurden, zum Beispiel die Dortmunder. Man kann sich eine erste Veranstaltung dadurch erleichtern, daß man einen Vertreter der VIA einlädt. Dadurch erhält man vielleicht auch gleich weitere Kontakte. Man kann auch aus Dortmund jemanden einladen. Für das Rheinland bietet es sich an, sich mit Köln in Verbindung zu setzen, wo auch schon etwas in dieser Hinsicht gelaufen ist.

Hauptsache: Schnell damit anfangen.

Dietrich Lohse



AUFRUF

AUSLÄNDISCHE UND DEUTSCHE FRAUEN GEGEN FRAUENUNTERDRÜCKUNG, RASSISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT!

ERSTER GEMEINSAMER FRAUENKONGRESS

GEGEN DIE BESONDERE UNTERDRÜCKUNG VON AUSLÄNDISCHEN MÄDCHEN UND FRAUEN

IN FRANKFURT
VOM 23.—25. MÄRZ 1984
IN FACHHOCHSCHULE
NORDWESTSTADT,
LIMESCORSO

Veranstalterinnen: Frauen und Frauengruppen aus Portugal, Spanien, Italien, Jugoslawien, Griechenland, der Türkei, Kurdistan, dem Iran, aus Afrika, Asien und Lateinamerika, sowie der Bundesrepublik Deutschland / West-Berlin.

Die Idee des Frauenkongresses wurde geboren auf der ersten Großveranstaltung des Frankfurter Appells im Juli 1983. Seitdem arbeiten wir als Frauen aus Frauengruppen, Vereinen, Organisationen und Gewerkschaften aus verschiedenen Städten zusammen!

Kontaktadressen:
schriftlich: IAF — Stichwort Frauenkongreß, Mainzer Landstraße 241, 6000 Frankfurt am Main,
telefonisch: Frankfurter Frauenbuchladen: Di. u. Fr. 16.30 bis 18.30 Uhr: (0611) 705295; Köln: Marina (02212) 242221; Berlin: Evelyn (030) 2117787

Programm

Freitagabend 18 bis 20 Uhr
Anreise für Frauen, Anmeldung der Frauen. Wir bereiten ein großes internationales Essen vor, damit frau sich erst mal stärken, etwas umschauen und eingewöhnen kann.
20 Uhr:
Einfürhungsbeiträge und Diskussion: „Frauenunterdrückung, Rassismus und ausländerfeindliche Politik" — Referat und gemeinsame Diskussion über Zusammenhänge, Ziele unseres Treffens und den inhaltlichen Gesamtablauf.

Samstag:
Tag der Arbeitsgruppen — Situation, Forderungen, Aktionsmöglichketen:
Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Themen in jeweils verschiedenen Arbeitsformen (Erfahrungsaustausch, Filme, Referate, Thesenpapiere) wollen wir auch konkrete Aktions- und Organisationsmöglichkeiten entwickeln.
Themen:
Die rechtliche Grundlage für die Diskriminierung ausländischer Frauen

• Die rechtliche Grundlage für die Diskriminierung ausländischer Frauen und ihre aktuelle Verschärfung
• Auswirkungen von Diskriminierungen gegen ausländische Frauen. Folgen von Fremdheitsgefühlen: Was ist unsere gesundheitliche und psychische Situation?
• Ausländerinnen — die „Exotinnen"? Alltäglicher Sexismus und Rassismus gegen Frauen. Mädchenhandel, Sexindustrie, Sextourismus als Seximperialismus. Unser Möglicher Widerstand.
• Asylbewerberinnen in der Bundesrepublik — Was ist die besondere Situation asylsuchender Frauen vor dem Hintergrund der heutigen Praxis?
• Religion — letzter Halt oder eisernste Fessel? Welche Rolle spielt die Religion für die hier lebenden Immigrantinnen?
• „Morgens Deutschland — abends Türkei" — Die Situation der Mädchen aus zweiter Generation
• „Und abends kommt mein Mann ..." — Zur Lage nicht erwerbstätiger Frauen
• „Emanzipation durch Lohnarbeit?" — Die besondere Lage und Diskriminierung ausländischer Frauen in Gewerkschaften und Betrieb zu Problemen und Möglichkeiten gemeinsamer sozialer Kämpfe
• „In der Diskussion das Schweigen lernen ..." — Frauen in organisierten politischen Zusammenhängen. Ausgehend von den gemeinsamen Erfahrungen deutscher und ausländischer Frauen in gemischten Organisationen wollen wir Perspektiven entwickeln.
• „Was verbindet uns eigentlich ...?" Ausländerinnen über deutsche Frauen — Deutsche über Ausländerinnen: viele Gemeinsamkeiten und so mancher versteckte Rassismus

Samstagabend 18 Uhr:
Großes Frauenfest „Gemeinsam sind wir stark!" Alle Frauen sind herzlich eingeladen! Der Abend soll Frauen aus den vielen verschiedenen Ländern die Möglichkeit der phantasievollen Darstellung ihrer Situation im Heimatland und hier in der BRD geben: Filme — Gedichte — Theater — Pantomime — Musik — Tanz — Informationen. Die Männer wollen wir an diesem Abend vergessen.

Wer nicht zusammen feiert, kann auch nicht zusammen kämpfen.

Unser Fest soll ein großer Höhepunkt werden. Wer noch mit eigenen Beiträgen mitmachen will und kann, ist herzlich eingeladen und soll sich bald melden.

Sonntag 10 Uhr
Gemeinsames Abschlußplenum. Im Gegensatz zu den beiden Vortagen sind hierzu recht herzlich alle interessierten Männer und die Vertreter/innen der Presse eingeladen. Nach einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeitsgruppendiskussion soll die Debatte für alle freigegeben werden. Es soll ein Austausch über die geleistete Arbeit sein, der unsere Forderungen zum Ausdruck bringt und in dem wir uns über zukünftige Perspektiven und eine gemeinsame Praxis einigen werden.

15 Uhr Abfahrt

Für die Unterbringung von allen beteiligten Frauen wird gesorgt. Bitte meldet euch unter der Frankfurter Adresse schriftlich oder telefonisch an. Auch die Betreuung von Kindern wird mit viel Liebe vorbereitet.

Entgegen derer, die ihre eigene Ausländerfeindlichkeit begründen mit der Frauenunterdrückung der patriarchalisch geprägten Männer, entgegen jener, die meinen, die deutschen Frauen hätten den einzigen Weg der Emanzipation schon umso viel erfolgreicher hinter sich gebracht und ganz im Gegensatz zu allen, die behaupten, die Situation der Frauen würde sich von ganz allein ändern: **Hiermit bringen wir die Idee und unsere Bemühungen, einen geeigneten Rahmen für unser großes Treffen zu garantieren, aber: Wir brauchen eure Unterstützung!**

Asyl für einen Toten

Makaber und zynisch — das sind sicher mit die ersten Worte, die man als Antifaschist zur Bewertung der Entscheidung des Westberliner Verwaltungsgerichtes findet, das Kemal Altun posthum das Recht auf Asyl zugesprochen hat.

Cemal Kemal Altun, zerrieben in den Mühlen einer unmenschlichen Justiz und Politik, stürzte sich am 30. August vergangenen Jahres aus einem Fenster des Verwaltungsgerichtsgebäudes, in dem nun dieser Beschluß erging, der dem Toten nichts mehr nützt und die Trauernden mit einem Gefühl der Wut, aber eben auch der Ohnmacht zurückläßt. Der Ohnmacht jedenfalls in diesem Fall.

Das Urteil bürdet die Kosten des Verfahrens dem Bund auf. Das ist die nüchterne materielle Seite der Angelegenheit. Das Gericht kam zu dem Schluß, daß der Klage des Bundesbeauftragten gegen die Entscheidung des Zirndorfer Bundesamtes für Asylangelegenheiten, das Kemal Altun bereits als Asylant anerkannt hatte, kein Erfolg beschieden gewesen wäre. Es ging davon aus, daß „die Kammer sich bereits bei der Beweislage zum Zeitpunkt des Todes für die Bestätigung der Asylgewährung ausgesprochen" hätte.

Politisch brisant an der Entscheidung des Verwaltungsgerichts ist die Auflistung der Vorwürfe, die in ihrer Begründung gegenüber dem Westberliner Kammergericht erhoben werden, das in genauer Kenntnis der Verfolgung Kemal Altuns durch die faschistische Junta in der Türkei, im vollen Wissen über sein Schicksal bei Auslieferung — Folter und Tod — im Dezember 1982 eine Auslieferung für rechtens erklärt hatte. Damit wird gleichzeitig, wenn auch nur indirekt, ein Urteil über die Bonner Politiker abgegeben, die gegen die Asylgewährung für Kemal Altun Klage einreichten. Ein Urteil über die, die Kemal Altun in den Tod getrieben haben und hinterher von „Freitod" redeten.

Wie Friedrich Zimmermann, der sich gern als „Saubermann" im Kampf gegen Waldsterben udn für bleifreies Benzin ausgibt, wobei für ihn ein enger gedanklicher Zusammenhang zum Problem der (End-) Lösung des Ausländerproblems besteht, sagte er doch wörtlich dazu: „Das ist wie mit dem bleifreien Benzin — einmal muß man damit anfangen." Nach jedem Ausländer weniger kann ein Herr Zimmermann freier atmen ...

Beachten muß man bei dem Beschluß des Verwaltungsgerichtes auch den immer noch bestehenden Un-Rechtstatbestand, daß ein solches Urteil im Asylanerkennungsverfahren auch einem Lebenden noch lange keinen Schutz vor Auslieferung bietet. Vorrangig ist rechtlich die Entscheidung im Auslieferungsverfahren, und da stand und steht immer noch der Spruch des Kammergerichts. An einer Änderung dieses Zustandes, an einer Beseitigung der Kollision von Asyl- und Auslieferungsrecht wird in Bonn angeblich gearbeitet. Ein Ergebnis liegt nicht vor. Immer noch können auch anerkannte Asylbewerber ausgeliefert werden.

So sollte es doch auch im Fall Altun laufen: Nachdem die Anerkennung aus Zirndorf am 6. Juni 1983 ergangen war, bat Innenminister Zimmermann den Justizminister Engelhardt „im Interesse einer nach wie vor guten Zusammenarbeit mit der Türkei auf polizeilichem Gebiet", den Bewilligungsbescheid der Bundesregierung zur Auslieferung Kemal Altuns (datiert vom 21.2.83) „für vollziehbar zu erklären, damit die Auslieferung unverzüglich durchgeführt werden kann."

Man muß sich daran erinnern, wenn jetzt vielleicht erst recht von der Reaktion die „Dummheit" Kemal Altuns gehässig belächelt wird, sich kurz vor dem Abschluß eines doch „offensichtlich" günstig stehenden Verfahrens „freiwillig" das Leben zu nehmen.

Die Wut, mit der üns die Entscheidung des Westberliner Verwaltungsgerichts neuerlich erfüllt, muß und darf nicht in Ohnmacht steckenbleiben. Sie muß erneuter Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß dem Schreibtischmorden westdeutscher Behörden und Politiker ein Ende gesetzt wird. Auf daß Zimmermann und seinesgleichen das Atmen wieder schwerer wird.

Dortmund:

Vier Asylbewerber im Hungerstreik gegen drohende Abschiebung

Vier abgelehnte türkische Asylbewerber, die sich in Dortmund in Abschiebehaft befinden, traten am 14. Februar in den Hungerstreik. Sie fordern die sofortige Freilassung und einen Abschiebestopp für alle Asylbewerber aus der Türkei.

Halil Ekici, Mustafa Caygin, Alaattin Simsek und Özcan Karacor wurden auf Anweisung der Ausländerbehörden in Bochum bzw. Recklinghausen in Haft genommen. Diese Anweisung erging als unmittelbare Reaktion auf die Zurücknahme des in NRW einige Monate geltenden Auslieferungsstopps durch Innenminister Schnoor. Während in Dortmund selbst (noch) niemand deshalb verhaftet wurde und dort die „weiche Linie" proklamiert wird — andeutungsweise wurde den abgelehnten Asylbewerbern aus der Türkei nahegelegt, unauffällig zum Beispiel nach Frankreich zu verschwinden —, sitzen die vier nun in Dortmund im Gefängnis in der Lübecker Straße, das als eine Art „Sammelstelle" für die in NRW zur Abschiebung vorgesehenen Asylbewerber fungiert.

Einer der Gefangenen, Halil Ekici, hat bereits einmal direkte Erfahrungen mit dem Wert der Asyl-Ablehnungsgründe westdeutscher Behörden machen müssen. Im letzten Jahr reiste er, nachdem sein Asylantrag abgelehnt worden war, freiwillig in die Türkei zurück — und wurde prompt verhaftet, saß zwei Monate lang im Gefängnis Mammak in Ankara. Es gelang ihm, nach Westdeutschland zurückzukehren, aber auch dieser Vorfall brachte die Behörden nicht dazu, ihn als Asylanten anzuerkennen. Halil Ekici war früher Mitglied in der von der Junta nach dem Putsch verbotenen Jugendorganisation YDGD.

Das Dortmunder Kurdisch-türkisch-deutsche Solidaritätskomitee hat Kontakt zu den Gefangenen aufgenommen und organisiert Besuche. Am 18.2. organisierte es in der Dortmunder Innenstadt eine Kundgebung. Weitere Aktionen werden vorbereitet. Die Dortmunder KPD ist aktiv dabei.

15 ANSler in Frankfurt vor Gericht

„Wir nehmen den Rechtsterror sehr ernst." Diese Behauptung hat nach einer Meldung des „Spiegel" vom 20.2. ein Angehöriger der Frankfurter Strafverfolgungsbehörden aufgestellt. Na, dann wollen wir doch mal sehen, was aus dem Prozeß herauskommt, der am 27. Februar vor der Frankfurter Staatsschutzkammer beginnen soll.

15 Anhänger der inzwischen verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) stehen dann in Frankfurt vor Gericht. Sie sind angeklagt, rassistische und faschistische Hetzschriften — vornehmer ausgedrückt: Propagandamittel" — „hergestellt, verbreitet und vorrätig gehalten" zu haben, in denen unter anderem „die Wiedererrichtung der NSDAP" propagiert wurde. Eine weitere Anklage geht auf ein „Femegericht" zurück, bei dem ein Angehöriger der Nazi-Truppe fast zu Tode gequält wurde.

Unter den Angeklagten sind ANS-Führer Michael Kühnen — der, wie die meisten seiner Kameraden, auch nach dem Verbot ihrer Terrorgruppe unverhüllt weiter für seine Ziele geworfen und organisiert hat —, der frühere NA-Chef und Mitglied der ANS/NA-Dreierführung Arnd Heinz Marx und ein Großteil ihrer Truppe in Hessen. Zu ihnen gehört auch ein gewisser Dieter Weissmüller, der schon mit Kühnen sowie dessen Stellvertretern Brehl und Marx zusammen Pressekonferenzen der ANS/NA leitete.

Staatsanwalt Volkmar Scheider meint heute schon feststellen zu können, daß mit den Ermittlungen, mit der Anklage und dem nun beginnenden Prozeß „ein ziemlicher Schlag" gegen die „Neonazis und ihre Aktivitäten" gelungen sei. Haftstrafen von mindestens einem Jahr sollen den Nazis drohen, Kühnen selbst müsse damit rechnen, im Gerichtssaal verhaftet zu werden. Die Ermittler gingen auch davon aus, daß hier „längst keine irregeleiteten Einzeltäter mehr am Werk" seien.

Die Hetze der ANS/NA ist sattsam bekannt. Bei dem anderen Anklagepunkt — dem „Femegericht" — geht es um einen Überfall, den Arnd Marx zusammen mit sieben Kumpanen auf das ANS/NA-Mitglied Andreas Sachse in der Nacht zum 5. September 1983 unternahm. Sachse, Friedhofsgärtner in Frankfurt, 21 Jahre alt, soll eine geheime Kartei über die Führung und Mitglieder der Nazi-Truppe angelegt haben.

Sein Pech, daß Marx dahinterkam. Sachse wurde in seiner eigenen Wohnung gefesselt und mit Schlagstöcken und Faustschlägen mißhandelt. Im Rahmen des folgenden Verhörs wurde er zweimal ins Badezimmer geschleift, wo man ihm den Kopf unter Wasser drückte, bis er fast erstickt war. Einmal hielt Marx ihm danach einen Revolver an die Schläfe und drückte ab — er war nicht geladen. Nach diesen Folterungen fuhren die Faschisten ihren untreuen Kameraden in einen Wald, wo man ihn „die letzte Zigarette" rauchen ließ. Er wurde dann aber doch am Leben gelassen und verständigte nach stundenlangem Herumirren die Polizei. Drei Tage später wurden die beteiligten acht Nazis verhaftet, Arnd Marx befindet sich seitdem in Untersuchungshaft.

Im Gericht wird er wieder mit seinem Chef zusammentreffen, der ihn inzwischen nicht mehr leiden kann. Keineswegs wegen dem Beinahe-Mord an Sachse. Sondern deshalb, weil Marx die hessische Truppe auf sich vereidigt hatte, und das ist für Kühnen „seit dem Tod des Führers ein Verbrechen an der nationalsozialistischen Idee". Er erklärte deshalb Marx für „aus der Bewegung ausgeschlossen".

Man wird sehen, was dieser Prozeß wirklich bringt. Wir fordern, daß Kühnen, Marx und Co. endlich hinter Gittern verschwinden; Gründe dafür gibt es schon lange übergenug. Und wir verlangen, daß endlich das unverschämte Treiben aller Faschisten gleich welcher Partei oder Organisation unterbunden wird. Daß ihre Propaganda, ihre Organisationen allesamt verboten und auch tatsächlich zerschlagen werden.

In diesem Sinne wünschen wir dem Frankfurter Prozeß rege öffentliche Anteilnahme.

★★★★★★★★★★★

Polizei schützt Kühnen vor Prügel

Nur das Eingreifen der Polizei bewahrte am Abend des 16. Februar in Bielefeld den Anführer der verbotenen faschistischen Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Michael Kühnen, vor einer Tracht Prügel. Kühnen hatte sich mit einigen anderen Nazis in eine Veranstaltung mit der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Liselotte Funcke (FDP) begeben. Als er entdeckt wurde, wollten Antifaschisten gegen die Faschisten vorgehen. Diese wurden unter Polizeischutz durch einen Seitenausgang in Sicherheit gebracht.

Gelungene berufliche Rehabilitation?

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Nach jahrelanger Akkordarbeit hatte ich mich — vorwiegend aus gesundheitlichen Gründen — entschlossen, eine Umschulungsmaßnahme zu beantragen. Nach vielen Gesprächen mit verschiedenen Beratern des Arbeitsamtes ergab sich eine Perspektive: Ausbildung zur Zahntechnikerin an einer technischen Fachschule in Hamburg.

Der Beruf war ausgewiesen als Mangelberuf. Und — nach einem einwöchentlichen Test der Schule auf „Herz und Nieren“ — nur 11/2 Jahre Wartezeit! Das war doch was!

Technisches Interesse hatte ich bei der Fabrikarbeit an verschiedenen Maschinen und bei den sehr verschiedenartigen Arbeitsabläufen entwickelt — nun dachte ich: Zahntechnik ist Präzisionsarbeit. Da können sie dir nicht kommen mit Akkord oder Prämie! Das muß passen im Mund. Da kann nicht mit 40 Prozent einkalkuliertem Ausschuß produziert werden wie bei den Feinsicherungen im letzten Elektrobetrieb ... Also ran mit vollem Elan. Das Pendeln zwischen Wohnort Ruhrgebiet und Schule Hamburg? Alles geht, wenn man nur will!

Mit Lust auf die Ausbildung und den neuen Beruf habe ich dann zusammen mit weiteren 22 Mitschülern, drei Frauen und 19 Männern, die Ausbildung im Sommer '81 begonnen.

Bis auf zwei von uns waren alle Rehabilitanten. Also Umschüler, weil sie ihre Gesundheit schon irgendwo am Arbeitsplatz gelassen hatten: 18 Jahre Hochseefischerei, Jahre im LKW-Führerhaus, Jahre bei Wind und Wetter auf dem Bau, schwere Plackerei im Krankenhaus — man kann sich vorstellen, wie das jeweils auf die Gesundheit geht.

Nun dachten wir: saubere, leichte Arbeit bei sitzender Tätigkeit, eine Chance für jeden von uns. Manche träumten auch von viel Geld, das sie verdienen wollten, und sogar vom „Selbständigmachen“ ... Das war natürlich alles nicht.

Ziemlich bald kamen Meldungen durch den Rundfunk (und wir hatten's natürlich auch schon selbst gemerkt, daß es eine Dreckarbeit war, zum Teil, und spöttelten über die weißen Kittel ...): Untersuchungen hatten ergeben, daß ca. 68 Prozent der Zahntechniker pathologisch arbeitsunfähig waren, durch die extremen Belastungen am Arbeitsplatz. Unter anderem hatte man Schwermetalle in den Lungen gefunden. Vergleiche zu Bergarbeiterlungen werden gezogen. Und, nun saß bei uns ein Mitschüler in der Klasse, der mit offenem Kehlkopf ohne Absauganlage inmitten einer schwarzen Staubwolke Schleifarbeiten machte ... Wer ihn wohl am Arbeitsamt beraten hatte? Oder die Rückenoperierten, für die das tagelange Arbeiten mit der Hand-Technikmaschine wegen der schweren Welle eine Qual war? Oder die psychisch oder psychosomatisch Erkrankten, für die die Meldungen über den Laboralltag „draußen“, die wir nach einem Praktikum am Anfang der Ausbildung zusammentrugen, reine Horrorvision sein mußte? Streß und Hektik. Überstunden, wann immer nötig. Schwindelnde Stückzahlen. Pfusch teilweise, wegen des „schnellen Geldes“. Teilweise sehr anspruchsvolle Zahnarztkunden, die schnelle und hochwertige Arbeiten verlangen. Also der dauernde Druck von Reklamationen und Anschiß vom Laborleiter. Teilweise frühkapitalistische Produktionsbedingungen: Labors auf Hinterhöfen mit miesesten Arbeitsschutzbedingungen. Andererseits hochmoderne Großlabors mit Arbeitsteilung und hauptsächlich angelernten Kräften — wie in der Fabrik. Junge Teams überall. Obere Grenze 35 Jahre. Die Alten sind weggestorben, heißt es. Oder sind Vertreter bei Degussa geworden. Den Streß können nur die Jungen ab ... Ja, wer würde wohl da unsere 40jährigen, nicht gesunden Mitschüler nehmen?



Würde uns Umschüler, die wir praxisfern auf Phantommodellen ausgebildet werden, überhaupt einer wollen? Die Meldungen über Entlassungen, Nicht-Übernahme der Lehrlinge, Kurzarbeit und zum Teil auch vom Bankrott einiger Labors häuften sich. Klar, daß wir gegenüber den Technikern aus den Labors, die sich jetzt auf dem Arbeitsmarkt sammelten, als Umschüer schlechte Karten haben: Es fehlt uns an praktischer Erfahrung, Routine, an Schnelligkeit. Wir brauchten eine längere Einarbeitung, wir brauchten im Grunde eine Chance. Aber es sah nicht so aus, als gäbe sie uns einer!

Ein weiteres Moment verunsicherte uns. Für die Zahntechnikerinnung ist unsere Ausbildungsstätte ein Konkurrent. Die waren gegen die Einrichtung und wollen ihre Leute — ausgesuchte selbstverständlich, nicht Hinz und Kunz — selbst ausbilden. Statt dreieinhalb Jahre wollen sie vier Jahre ausbilden. Und nun gibt die Handwerkskammer uns Umschülern bei bestandener Gesellenprüfung nach zwei Jahren den Brief! Das geht natürlich nicht so ohne weiteres, und so müssen wir uns darauf einrichten, daß ein Drittel von uns sowieso schon mal durch die Prüfung fallen muß, und daß die entsprechenden Innungsmeister unsere eventuelle Einstellung später auch boykottieren werden (in vielen Labors wurden wir sogar als Praktikanten für drei Wochen abgelehnt).

Wie bei einem Mosaik fügte sich eins zum anderen. Es gibt keine gewerkschaftliche Organisierung, keine Tarifverträge in der Zahntechnik. Jeder muß sich selbst verkaufen. Unser Wert, auch das ist inzwischen klar, liegt so bei 1000 DM netto ... Es sind aber Familienväter unter uns, die als Facharbeiter mit Überstunden schönes Geld verdient haben. Die verschuldet sind durch größere Anschafffungen oder Hausbau etc. Da gibt es immer noch Illusionen, aber auch den einen oder anderen Gedanken wie: tagsüber Zahntechnik und dann noch 'ne Spätschicht am Hochofen!

Ziemlich früh wußte ich, was ich von dem allem zu halten hatte, und wollte raus! Zumal ich auch gar nicht an irgendwelchen „Aufstiegsträumen“ oder ähnlichem gehangen hatte. Ich wollte nur wegen meiner Gesundheit mein Geld etwas leichter verdienen als in der Fabrik. Dachte, ein Facharbeiterbrief und Spezialisierung schützt mich vor dem Wahnsinn der Akkordmaloche. Wollte Kinder kriegen und es auch deshalb ein bißchen leichter haben. Aber, das war wohl nichts!

Einmal drin in der Ausbildung, gibt es kein Rauskommen. Bricht man ab, sind die Kosten der Maßnahme zurückzuzahlen (allein 36000 DM Schulkosten). Ohne Arbeit stünde man unter Umständen erneut jahrelang Schlange um einen anderen Umschulungsplatz. Das hieße: viel weniger Geld und vielleicht eine Wiederholung der jetzt gemachten Erfahrungen. Für die Rehabilitanten gibt es auch nicht den Weg zurück in den alten Beruf, da die Umschulungsmaßnahme wegen Berufsunfähigkeit bewillift wurde.

Ich versuchte nach einem viertel Jahr den Wechsel innerhalb der Schule in eine Güteprüferklasse, aber es klappte nicht. Also, Zähne zusammenbeißen und durch!

Die Ausweg- und Perspektivlosigkeit führte in unserer Klasse zu allem Möglichen, nur nicht zu einem Gemeinschaftsgefühl. Willkür in der Beurteilung der praktischen Arbeiten von seiten einiger Ausbilder (es gibt keine DIN-Normen in der Zahntechnik die Beurteilung hat also sowieso von daher einen schwer bestimmbaren, subjektivistischen Zug). Ständiges Hetzen danach, sich Fertigkeiten anzueignen, ohne die Zeit zum Üben zu haben, um auch eine gewisse Sicherheit zu erreichen. Nach einem Achtstundentag im Labor Pauken in einem theoretischen Bereich, der nicht einzugrenzen ist (Vielzahl von Werkstoffen, Techniken, zahnmedizinischen Kenntnissen etc.). Pauken und nochmals Pauken. Kaum eine freie Minute, und dann sind die meisten von uns Wochenendpendler aus dem Ruhrgebiet, Münsterland, Schleswig-Holstein.

Psychisch belastet durch die Trennung von der gewohnten Umgebung, der Familie. Geachtet und anerkannt im früheren Beruf, plötzlich „Schütze Arsch im dritten Glied“ ... Von unverschämten Ausbilderschnöseln ironisch belächelt, weil die Finger nicht ganz so wendig sind nach jahrelanger grober Arbeit. Oder — Weil das Lernen höllisch schwerfällt. Dann Frust und Generve in den „Bullenklostern“, den Internatsunterkünften. Alkoholismus, Schlaflosigkeit, Medikamentenabhängigkeit, Psychosen. Ewiges Balancieren kurz vorm Absturz bei der Benotung — immer im Bereich der vorletzten Ziffern, bis 5,4 und manchmal darüber.

Als ob es irgendetwas bringen würde, wird auch untereinander auf Konkurrenz gesetzt. Nur selten ist das zu durchbrechen — und ist eigentlich fast das Schlimmste von allem. Es kommt nur zu der einen oder anderen wirklichen Freundschaft in den zwei Jahren. Sechs von uns werden im Laufe der Ausbildung „abgeschossen“, zum Teil mit üblen Methoden. Fünf fallen durch die Prüfung im Sommer.

Insgesamt der absolute „Härtetest“, kann man sagen. Mit bestandener Prüfung erlischt der Anspruch der Schwerbehinderten auf Frührente. Sie gelten als voll rehabilitiert.

Von den elf „Zahntechnikern“ — oder Negerlein —, die verblieben sind, arbeiten zwei im Beruf — da waren's nur noch neun ... Für die haben sich alle Vermutungen und Befürchtungen bestätigt: „Umschüler — nein danke!“ Lohnangebote um die 800 DM netto. Unbezahlte, unbegrenzte Probezeiten werden angeboten, bis die gewünschte Schnelligkeit erreicht ist. Unqualifizierte Arbeiten bleiben die einzigen realten Angebote in der ganzen Zeit: Gipsarbeiten.

Die Zahntechnikerunternehmer interessiert nicht mal eine Eingliederungshilfe durch das Arbeitsamt. Sie erhielten bis zu 80Prozent des Lohns für ca. ein halbes Jahr erstattet. Sie bekommen jedoch zur Zeit auch eingearbeitete, spezialisierte, schnelle Techniker auf dem Arbeitsmarkt für billiges Geld. Andererseits sind sie zum Teil auch nicht dumm. Sie wissen wie wir, daß wir sehr wohl auch nach einer gewissen Zeitspanne schneller und für sie profitabel werden. Aber, dann nutzen sie auch die Stunde der Wahrheit — und machen unverschämte, nicht zu akzeptierende Angebote.

In Hamburg gibt es laut Arbeitslosenstatistik am Jahresanfang ca. 260 arbeitslose Zahntechniker. 120 Lehrlinge machten im Januar ihre Gesellenprüfung und werden größtenteils nicht übernommen.

Ich habe es noch nicht aufgegeben mit dem Bewerben, bemühe mich jedoch gleichzeitig in den verschiedensten Bereichen um eine Arbeit oder einen Job (schon wegen der ca. 650DM Arbeitslosengeld, die ich nach der letzten Kürzung erhalte). Ich bin jedoch trotz der schlimmen, momentanen Arbeitsmarktlage keineswegs bereit, unter frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen zu arbeiten, zu Kreuze zu kriechen. Da waren die Fabriken eine gute Schule. Und — daß man weiß, daß sich die Arbeiterbewegung bestimmte tarifliche Rechte, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzbestimmungen erkämpft hat — das vergißt man auch nicht, wenn man nach langer, demütigender Bewerberei so ein überaus empörendes Angebot erhält!

Seit Anfang des Jahres gingen folgende Spenden auf den Konten der KPD ein:

Spenden für den „Roten Morgen“	
J. H., Coburg	10,—
M. P., Duisburg	30,—
KPD Recklinghausen	100,—
Th. M., Heilbronn	20,—
J. W., Köln	20,—
H. D., Düren	2,40
unbekannt	88,50
Insgesamt	270,90

Damit sind im Jahr 1984 bisher 515,30 DM an Spenden für den „Roten Morgen“ bei uns eingegangen.

Spenden für die Kampagne zur 35-Stunden-Woche	
R. C., Lingen	60,—
H. L., Köln	20,—
KPD Stuttgart	100,—
P. H., Hamm	100,—
KPD Bochum	2000,—
Insgesamt	2280,—

Spenden für die KPD	
KPD Gelsenkirchen	220,—
U. Sch., Bochum	1800,—
KPD Westfalen-Lippe	130,—
KPD Westberlin	190,—
R. C., Lingen	20,—
LBV Weser-Ems	95,—
H. B., Stuttgart	1000,—
LBL Westfalen-Lippe	2000,—
LBL Westfalen-Lippe	136,50
W. u. C. H., München	100,—
KPD Westberlin	85,—
Genossen aus Hof	530,—
Sympathisanten aus Franken	100,—
KPD Scharnhorst	40,—
G. St., Dortmund	5,—
Insgesamt	6451,50

Damit sind für die KPD bisher im Jahre 1984 8401,50 DM Spenden bei uns eingegangen.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Zum 7. Parteitag der DKP (Teil III und Schluß)

Keine Gefahr des Faschismus?

In den „Roter-Morgen"-Nummern 4 und 5 hatten wir die kurze Serie von Stellungnahmen zu den Ergebnissen des 7. Parteitages der DKP begonnen, die wir heute abschließen. Wir hatten bisher zu den Perspektiven, die die DKP für den Friedenskampf aufzeigt ebenso Stellung genommen wie zu der Haltung, die auf diesem Parteitag zum wirtschaftlichen Kampf und zur Gewerkschaftsarbeit eingenommen wurden. Heute nun, im dritten Teil, geht es abschließend um den Bereich des Kampfes gegen die Reaktion, für mehr Demokratie und um einige abschließende zusammenfassende Bemerkungen.

Eigentlich ist die Beantwortung dieser Frage, wie sie die DKP gibt, seit langem bekannt. Spätestens mit den mit den Beschlüssen des 5. Parteitages der DKP, in Düsseldorf 1978, hatte die DKP programmatisch festgehalten, daß es heute eine faschistische Gefahr in dem Sinne, daß es zur Herrschaft eines faschistischen Regimes in der BRD kommen könne, nicht mehr gäbe. Damit war nicht nur gemeint, ein mit dem Hitler-Nazismus identisches Regime, sondern überhaupt eine Diktatur von diesem Typ.

Wenn trotzdem hier nochmals ausführlich zu dieser Frage und der Haltung, die die DKP dazu einnimmt, Stellung genommen werden soll, dann nicht nur, weil man diese Haltung nicht oft genug kritisieren kann — auch das —, sondern auch, weil die seither eingetretene politische Entwicklung von dem Parteitag der DKP nicht im geringsten als Anlaß betrachtet wurde, diese Haltung aufzugeben, was den Fehler nur verstärkt.

Sicherlich hat Herbert Mies in seinem Rechenschaftsbericht an den Parteitag recht, wenn er feststellt, daß sich eine Bewegung für mehr Demokratie anhand verschiedener Auseinandersetzungen verstärkt hat. Die angeführten Beispiele, wie etwa die Volksbegehren-Bestrebungen im Zusammenhang mit der Startbahn West oder der Volksbefragung der Friedensbewegung stimmen durchaus.

Und sicher ist es auch nicht so, daß die DKP, ihre Führung, die Aktivität von Faschisten etwa leugnen würde, oder auch, daß man ihr ohne weiteres vorwerfen könnte, sie würde nichts dagegen tun. Auf dieser Ebene liegt der Hase nicht im Pfeffer.

Es liegt ein Punkt im Nirgendwo ...

Anders als bei den Stellungnahmen zur gewerkschaftlichen Arbeit, und ähnlich wie bei jenen zum Friedenskampf, liegt auch hier das DKP-Dilemma im längerfristigen Bereich, in der gesamten sozusagen programmatischen Orientierung des Kampfes — die sich natürlich auch auf die einzelnen Aktivitäten, wenn auch in unterschiedlichem Maße, auswirkt.

So ist bezeichnend, daß im ganzen Rechenschaftsbericht von Herbert Mies an den Parteitag die Frage des Regierungssturzes, der ja immerhin eindeutig in den Berichtszeitraum fällt, so gut wie nicht behandelt wird.

„In ihrem Bestreben, in der Bundesrepublik eine Wende nach rechts durchzusetzen, ist die Rechtsregierung im ersten Jahr ihrer Amtszeit sicher ein Stück vorangekommen. Dennoch sieht sie sich beachtlichen Hindernissen gegenüber."

Nun wollen wir bestimmt nicht anzweifeln, daß sich diese Regierung beachtlichen Hindernissen gegenübersieht, ganz und gar nicht. Ebensowenig auch, daß es für Kohls Mannschaft Erfolge gab in ihrem Auftrag, den Willen den großen Kapitals massiver in die Wirklichkeit umzusetzen. Diese so charakterisierte „Wende nach rechts" wird aber immer wieder, an zahlreichen Stellen dieses Berichts, so stehen gelassen. Was damit für Gefahren eingeschlossen, wird rundweg nicht erwähnt.

„Der Kampf gegen die Wende nach rechts, gegen den Abbau demokratischer Rechte, ist untrennbar mit dem Engagement für Frieden und Arbeit verbunden. Denn, ob die Menschen sich dem Großkapital beugen oder nicht, ob sie den Propagandalügen der Reaktion auf den Leim gehen oder nicht, ob sie sich der Willkür der Herrschenden unterwerfen oder ihren Willen noch lauter, noch nachdrücklicher geltend machen — diese Fragen stehen im Grunde genommen in jeder konkreten sozialen und politischen Auseinandersetzung auf der Tagesordnung."

So weit könnte man dieser Aussage ebenfalls noch zustimmen. Aber die Frage, wie sie aus der Erfahrung der Geschichte und auch der Gegenwart dabei entsteht, lautet doch: Was macht denn dann das Großkapital, wenn der Widerstand immer mächtiger wird, oder gar der Sturz seiner Macht durch eine soziale Revolution auf der Tagesordnung steht?

Welche Gründe gibt es denn dafür, die so bittere Erfahrung des Jahres 1933 einfach beiseite zu schieben? Warum sollte eine Partei, die sich auf den Marxismus-Leninismus beruft, so etwas tun?

Und es ist ja keineswegs, wie 1933, nur die herrannahende Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschenden zum Äußersten treiben kann. Große politische Pläne der Kapitalisten, die durchkreuzt werden könnten, riefen ebenfalls die Gefahr hervor, daß sie zu immer offener diktatorischen Mitteln greifen, bis hin zu einer faschistischen Diktatur.

Also: Die Menschen beugen sich nicht. Freilich, beugen sie sich, bekommen die Kapitalisten alles, was sie wollen, freiwillig sozusagen, dann kann man auch noch eine formale Demokratie als Rahmen dafür aufrecht erhalten, aber dieses Problem steht hier nicht zur Debatte, denn der Willen zum sich beugen ist so verbreitet nun nicht. Wenn sie sich also nicht beugen, sondern Widerstand leisten, um ihre Interessen, ihre Freiheiten zu verteidigen, dann entstehen Probleme.

Der politische Sinn der Installierung dieser Regierung war es doch eben, eine Kraft zu haben, die politische Ziele des Kapitals auch in offener Konfrontation zur Arbeiterbewegung durchsetzen kann. Und die bisherigen Erfahrungen im Vorfeld des Kampfes um die 35-Stunden-Woche etwa bestätigen dies vollauf. Und eine solche Konfrontation kann natürlicherweise immer schärfer werden.

Die „Wende nach rechts" zielt also keinesfalls irgendwohin oder gar nirgendwohin oder fungiert als Selbstzweck. Das Ziel dabei ist es eben, die politische und soziale Wirklichkeit dieser Republik grundlegend zu verändern. Gegenreform der Sozialversicherung, Aufhebung der Tarifvertragssysteme, Beseitigung von Betriebsratsrechten, Abschafung des Arbeitsschutzes, politische Beseitigung von Investitionshemmnissen usw., das sind einige der inhaltlichen Punkte dieser Politik.

Wer sagt, daß alles dies nicht auch die Gefahr einer Diktatur offener Art mitheraufbeschwören kann, wer diese Gefahr verschweigt und damit leugnet, der macht sich allerdings daran mitschuldig, wenn eine solche Katastrophe eines Tages über die westdeutsche Arbeiterklasse hereinbrechen könnte.

„Kämperisches, demokratisches Engagement, das ist auch der beste Schutz gegen die Versuche der Reaktion faschistisches Gedankengut wiederzubeleben. Wir unterschätzen die Gefahr nicht, daß vor allem Arbeitslose und von diesem System Deklassierte faschistischer Demagogie aufsitzen."

Das ist der Tat der einzige Zusammenhang, in dem in diesem Bericht von Faschisten die Rede ist. Und es ist keineswegs eine Aussage, die das vorher Gesagte entkräften würde. Denn hier werden lediglich die faschistischen Banden als Hilfstruppen der Reaktion aufgezeigt und weiter nichts — was aber nur eine ihrer Rollen ist. Der künstlich, in der Argumentation der DKP geschaffene Graben zwischen Reaktion und Faschismus, der wird durch eine solche Aussage kein bißchen zugeschüttet.

So weit also, was zu der programmatischen Haltung der DKP, durch alle ihre Parteitage hinweg, zur faschistischen Gefahr zu sagen ist. Wie sie diese Haltung begründet, etwa — unter anderem — mit der Stärke des „realsozialistischen Lagers", das ist zwar ebenso unmarxistisch und den Tatsachen widersprechend, soll aber hier nicht in den Mittelpunkt gerückt werden. Politisch herausgearbeitet werden sollte hier zum ersten, daß die DKP die Existenz einer faschistischen Gefahr grundlegend leugnet und dadurch natürlicherweise auch dem Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte eine enge, einschränkende Perspektive verleiht.

Bastion Grundgesetz?

Aber es handelt sich nicht nur um die Programmatik, um künftige Aussichten, um weit weg liegende Dinge. Und naheliegend sind diese Probleme auch nicht nur deswegen, weil es stets, auch heute schon, auf eine richtige Aufklärungsarbeit ankommt — das auch. Naheliegend ist die Kritik an den Thesen der DKP auch aufgrund der von diesem Parteitag erneut bestätigten konkreten Ableitungen aus diesen Thesen für den heutigen Kampf.

„Wir wollen eine Republik, die den Verfassungsgeboten des Friedens und des Antifaschismus entspricht. Man wird uns Kommunisten immer in den Reihen derer finden, die die im Grundgesetz niedergelegten demokratischen Prinzipien verteidigen. Wir werden stets zu denen gehören, die sie verteidigen."

Der absolute Aufbau des antifaschistischen, des demokratischen Kampfes auf das Grundgesetz, das ist in der Tat ein Kernstück der Politik der DKP, wie es hier erneut bekräftigt wird. Und so oft es Herbert Mies auch sagen mag: Weder wird es dadurch richtiger noch gar eine kommunistische Haltung.

Als dieses selbe Grundgesetz verabschiedet wurde, da sagte Max Reimann im Bundestag für die KPD, daß die deutschen Kommunisten dieses Gesetz ablehnen würden, weil es ein kapitalistischen Grundgesetz sei, eben weil es kein antifaschistisches Verfassungsgebot enthalte, unter anderem.

Nie hat Herbert Mies offen gesagt, daß er die damalige Haltung der KPD, auf die er sich ja sonst stets beruft, für falsch hält — aber handeln tut er so, strikt dem entgegengesetzt.

Das hat gar nichts damit zu tun, daß man auch Bestimmungen des Grundgesetzes gegen Angriffe von Rechtsaußen verteidigt — das ist eine ganz andere Frage, eine ganz andere Haltung als sich grundsätzlich darauf zu berufen, als Prinzipien da hinein zu mogeln, die es dort nicht gibt, ein Sandschloß zu bauen, das beim ersten Ansturm vom Winde verweht wird. Es ist aber nicht nur eine unehrliche Politik, die der DKP-Parteitag da bekräftigt hat und auch nicht nur eine einfach irgendwie falsche Festlegung. Sicher: Eine solche Haltung hat auch etwas mit dem Buhlen der DKP um „Verfassungstreue" zu tun, so alt wie die Partei selbst — nein, älter —, denn erst unter dieser Voraussetzung durfte sie gegründet werden.

Es sollte hier nur hinzugefügt werden, daß auch die Notstandsgesetze wie das Grundgesetz faktisch Verfassungsrang haben, also dazu gehören und spätestens das sollte jeden Demokraten davon überzeugen, daß es so weit her nicht sein kann mit den bei Herbert Mies so demokratischen Prinzipien dieses Gesetzes — vieles andere mehr gäbe es da anzuführen, dies nur so kurz, der Einfachheit halber.

Die Tatsache, um die Mies sich herummogeln will, ist doch die, daß auch „auf dem Boden des Grundgesetzes" der Weg nach rechts so weit gegangen werden kann, daß es einem faschistischen Regime schon sehr nahe kommen könnte. Und das eben heißt, mit Illusionen handeln, und zwar mit gefährlichen.

Bilanz

Wir haben gesehen, daß die DKP im Friedenskampf programmatisch — was immer auch an ihrer praktischen Tätigkeit dagegen sprechen mag, es ist grundsätzlich so — auf die Einheit mit dem Kapital, auf die menschliche Vernunft an sich ausrichtet, daß sie so dem Kampf gegen jene, die keineswegs grundsätzlich gegen einen Krieg wären oder nur unvernünftig, die Spitze nimmt, eine falsche, opportunistische und gefährliche Perspektive bietet. Sie leugnet faktisch, daß das westdeutsche Großkapital an einem solchen Waffengang sehr wohl ein eigenes Interesse hat. Hier sucht sie programmatisch ganz deutlich die Klassenzusammenarbeit. Was sie dabei von anderen Kräften unterscheidet, ist nicht nur, daß sie dies auch noch von einem nicht erfüllten marxistischen Anspruch aus tut, sondern darüber hinaus auch noch, daß sie sich zum Sprachrohr der These der UdSSR als Friedensstaat schlechthin machen läßt.

Wir haben zweitens gesehen, daß die DKP im wirtschaftlichen Kampf, in der gewerkschaftlichen Arbeit eine Politik verfolgt, die die Herausbildung einer revolutionären Strömung in der Arbeiterklasse verhindert, die Arbeiterklasse auf Dauer der Führung reformistischer Kräfte unterwerfen und ihre wirkliche soziale und politische Befreiung verhindern würde. Die Herrschaft von Apparaten und Organisationen anstelle der Arbeiterklasse selbst ist ja in der Tat, dies sollte hier ergänzt werden, ein grundlegendes Merkmal revisionistischer Politik und Praxis.

Und wir haben drittens gezeigt, daß die DKP mit ihren halbherzigen und bewußt falschen Ausrichtungen im antifaschistischen Kampf auch in diesem wichtigen dritten politischen Bereich keinen positiven Beitrag zum Aufbau konsequenter Positionen für einen erfolgreichen Kampf in diesem Bereich leistet. Ihre manchmal schon geradezu als hysterisch zu bezeichnende ständige Berufung auf das Grundgesetz stellt nicht nur eine zwar verheimlichte aber dennoch deutliche Abkehr von kommunistischen Positionen dar, sondern eben auch eine falsche praktische Orientierung in diesem Kampf. .

Sicher: Einiges fehlt, was an diesem Bericht zu erwähnen gewesen wäre, aber wir denken, daß diese drei die zentralen politischen Fragen heutiger politischer, revolutionärer Praxis darstellen. Auch bliebe noch manches über die auf dieser Grundlage geübte Praxis der DKP, etwa im Bereich der Bündnispolitik, die von Mies als so beispielhaft dargestellt wird, zu sagen. Und sicherlich fehlt die Verbindung dieser doch zum Teil programmatischen Aussagen hin zum Parteiprogramm der DKP, eine Verbindung, die die von uns dazu gemachten Aussagen bestätigen und vertiefen würde, aber es ging ja hier nicht um eine grundlegende theoretische Auseinandersetzung, sondern nur insoweit, als sie die heutige Praxis betrifft.

Die Bilanz der hier betrachteten Punkte zeigt zum einen sehr deutlich, daß es sich bei der Politik der DKP in der Tat keinesfalls um einen auf hiesige Bedingungen angewandten Marxismus handelt, sondern um eine Revision des Marxismus. Dies ist das Ergebnis eben nicht nur bei einer schematischen oder gar dogmatischen Betrachtung, wie es gerne als Gegenargument gebracht wird, sondern erst recht bei einer Betrachtung, die von der konkreten Beurteilung der Dinge und der Möglichkeiten künftiger Entwicklungen ausgeht.

Es zeigt sich überall das Bestreben, der Konfrontation gegnerischer sozialer Klassen, der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse die Spitze zu nehmen, revolutionären Bestrebungen den Boden zu entziehen, reformistische Bestrebungen zu stärken, zu stützen oder gar selbst zu entwickeln. Deshalb wird die Frage der NATO wenig vornehm umgangen, deshalb werden oppositionelle Listen bei Betriebsratswahlen verdammt, deshlab wird das Grundgesetz in aller Lautstärke gepriesen. Alles das wird bestimmt nicht dadurch entkräftet, daß man darauf hinweist, daß die DKP-Mitgliedschaft in den genannten Bereichen viel macht — das ist unbestritten. Wie auch die Tatsache, daßes bestimmt einen großen Teil von Mitgliedern gibt, der meint, so sei es richtig. Aber das macht die ganze Sache nicht besser. Denn es handelt sich ja nicht darum, ob und wie man an diesem oder jenem Punkt sich eine Zusammenarbeit denken kann, was heute so gar nicht mehr das Problem ist.

Es handelt sich darum, welche grundsätzliche Politik eine Partei einschlägt, worauf sie orientieren will und orientiert, in welche Richtung sie ihren Einfluß ausnutzt. Und hier ist es in der Tat so, daß die DKP ihren Einfluß — und zwar sehr massiv — eben gegen die Entwicklung revolutionärer Positionen insgesamt einsetzt. Wenn man solche Dinge wie Programm und Beschlüsse eines Parteitages ernst nimmt, und das sollte man ja wohl, denn sie richten ja diese Politik aus.

Insofern war der 7. Parteitag der DKP keineswegs der des großen Aufbruchs, als den ihn die Parteipresse so bemüht darstellen wollte, sondern in der Tat ein Parteitag, der die alten revisionistischen, antimarxistischen Haltungen erneut bekräftigte.

Aber ein Parteitag, mit dem es sich lohnt sich auseinanderzusetzen, weil er diese Haltungen eben aktualisiert und so ein Anschauungsmaterial für eine Politik mit kommunistischem Anspruch, die sie nicht ist, darstellt.

Geld für die KPD in der DDR!

Spenden für die Aktivitäten der KPD zur 35-Stunden-Woche und für den „Roten Morgen" — dazu wird im „Roten Morgen" seit drei Wochen aufgerufen (und das wird noch das ganze Jahr anhalten). Der dritte Spendenfonds gilt der KPD in der DDR. Wie schwierig die Arbeit dort ist, braucht man keinem zu erzählen, der den „Roten Morgen" öfter liest. Aber auch hier gilt: daß das auch teuer ist, daran denkt man so schnell nicht. Aber: Es ist teuer! Und deshalb braucht die KPD in der DDR auch deine Spende! Jetzt!

Enver Hoxha über Myslim Peza

Ein Mann der Flinte und des Pulvers

Man kann die ersten Begegnungen des Genossen Enver Hoxha und des 12 Jahre älteren Myslim Peza im Jahre 1939 als Geburtsstunde des Zusammenschlusses der Kommunisten und der Patrioten, die bereit waren, für die Befreiung Albaniens zu den Waffen zu greifen, bezeichnen. Kein Wunder, daß Myslim Peza in Genossen Envers Memoiren aus der Kriegszeit häufig anzutreffen ist. Wer das Buch „Anglo-amerikanische Machenschaften" gelesen hat, wird das bestätigen können. Wir bringen nun einen Auszug aus einem Erinnerungsband, der nicht in Fremdsprachen erschienen ist, in eigener Übersetzung aus Anlaß des Ablebens des Genossen Myslim Peza, ein Auszug aus dem Buch „Kur lindi Partia" (Als die Partei entstand), erschienen 1981.


Albanische Partisanen

Meine Erinnerungen an den hervorragenden Patrioten Myslim Peza sind zahlreich und unvergeßlich, weil uns seit dem Sommer 1939 bis heute eine ganze Gesichte verbindet, die Geschichte unserer Revolution, der wir das ganze Leben gewidmet haben. Doch die Eindrücke von den ersten Zusammenkünften mit ihm gehören zu den teuersten und sind mir bis ins Detail lebendig geblieben.


Myslim Peza und Enver Hoxha 1943 in Labinoti

Baba (1) war nicht aus der Emigration zurückgekehrt, um sich mit den Besatzern zu versöhnen, und auch nicht, um einen „Kaffeehauskrieg" gegen sie zu führen, sondern um sie zu bekämpfen, genauso wie auch die anderen wahrhaft patriotischen und revolutionären Elemente, etwa Haxhi Lleshi (2), Mustafa Kaçaçi (3), Kajo Karafili (4) u.a. Myslim Peza war ein Mann der Flinte und des Pulvers, er kehrte nach Albanien zurück, um zu kämpfen. Das gemeinsame Ziel — der Kampf für die Befreiung des Landes, der die Linie der wirklichen Kommunisten und der von ihnen geschaffenen Kommunistischen Partei war — verband uns immer enger mit Myslim, genauso wie dieses Ziel auch alle Kräfte und Schichten, die sich der Sache der Befreiung und der Unabhängigkeit des Vaterlandes hingaben, mit der Partei verband.

Schon 1939, sobald ich mitbekommen hatte, daß Myslim Peza aus seiner langen politischen Emigration nach Albanien zurückgekommen war, bemühte ich mich, ihn zu treffen und mit ihm zu reden.

Myslim und ich wurden Freunde, ich liebte ihn, und ich schätzte ihn, weil er über Mut und Bauernschläue verfügte.

Ich weiß noch, wie auf einer unserer Zusammenkünfte, während wir noch dasaßen und uns angestrengt unterhielten, die Sirenen aufheulten. Esad (5) stürzte herein:

„Fliegeralarm! Was sollen wir tun?"

Ich warf einen Blick auf Myslim, der gelassen und ruhig sitzengeblieben war, als sei nichts geschehen.

„Was Baba für richtig hält", sagte ich zu Esad.

„Von mir aus können wir bleiben oder auch gehen."

„Der Alarm gilt für den ganzen Bezirk", sagte Myslim, „warum zum Teufel soll uns die Bombe gerade auf diesem Fleckchen Erde erwischen?"

„Weil ich nur den einen Kopf habe, hau ich lieber ab", versetzte Esad lachend und ließ uns allein, damit wir fortfahren konnten. Ich, der ich Esad gut kannte, wußte, daß er nicht zu denen gehörte, die sich durch ein bißchen Sirenengeheul einschüchtern ließen. Seine ganze Sorge galt uns.

Im Gespräch war Myslim konzentriert und aufmerksam. Eine Schule hatte er nicht besuchen können. Doch die Schule der ununterbrochenen Leiden und Zusammenstöße hatte seine Sinne geschärft und ihn in die Lage versetzt, jedes Problem zu begreifen. Und es gab keine größere Freude für mich, als er mir gegenüber aus eigenem Mund mit Sympathie über den Kommunismus sprach. Im Exil hatte er den Patrioten und hervorragenden Revolutionär Haxhi Lleshi kennengelernt, und dieser hatte Myslim über Lenin, über die Revolution und den Kommunismus erzählt und vorgelesen.

„Kommunist bin ich nicht, mein Bruder", sagte Myslim, „aber ich liebe den Kommunismus."

„Wir Kommunisten, Genosse Myslim" entgegnete ich, „sind für den Kampf, für den bewaffneten Kampf gegen die Faschisten. Wirst auch du mit uns sein?"

„Wie soll ich nicht mit euch sein! Wozu bin ich denn wiedergekommen? Zum Kämpfen bin ich gekommen", lautete Myslim Pezas Antwort. „An der vordersten Kampffront werde ich stehen, zusammen mit euch Kommunisten und mit allen, die für die Heimat kämpfen wollen."

Ein herzlicher und kräftiger Händedruck, und wir spürten, daß eine kämpferische Freundschaft entstanden war, nicht nur zwischen uns beiden, sondern wir, die Kommunisten (und später die Partei) hatten in Myslim einen getreuen und entschlossenen Streiter für den Nationalen Befreiungskampf gefunden, einen Kämpfer für den Zusammenschluß des Volkes in einer einzigen Front auf dem Weg, zu dem die Kommunisten rieten, und später, als die Partei entstanden war, auf dem Weg, den sie wies. Wir unterhielten uns lange über die Faschisten und Verräter und über den Kampf, den wir gegen sie organisieren mußten, wir unterhielten uns über Genossen und Freunde, auf die wir uns stützen und die wir gewinnen mußten. Wir verstanden uns so gut, als hätten wir uns schon zwanzig Jahre gekannt.

Die Verbindungen zu Myslim wurden immer enger. Einmal schenkte ich ihm eine neue „Mauser". Ich glaube, es war Anfang 1941. Myslim war ein großer Waffenkenner; durch seine Hände waren die verschiedensten Marken gegangen, doch als er mein Geschenk erhielt, leuchteten ihm die Augen.

„Ein schöneres Mitbringsel hättest du gar nicht finden können", sagte er und streichelte den Revolver. In diesem Geschenk sah er auch die ihm von uns entgegengebrachte Achtung, aber auch den Wunsch und das Signal der Kommunisten. Gerade hatte er seine Freischar aufgestellt und sie dem Kampf für die Befreiung des Vaterlandes geweiht. Im März 1941 griff Myslim die Italiener auf der Straße von Peza an und tauchte mit der ganzen Freischar unter. Sofort nach dieser Aktion brachten wir ein Flugblatt heraus, das große Wellen schlug, obwohl die Auflage entsprechend unserer Möglichkeiten recht klein war. Gleichzeitig begannen wir, Myslim (...) Unterstützung zu schicken. Wir sandten ihm Lebensmittel, Kleidung und Geld; mal überbrachte es Rat Meshalla, der Kurier der Freischar, mal schickten wir es über „Qeleshexhi", einen Tiranaer Freund Myslims.

Unvergeßlich wird für mich das Treffen mit Baba Myslim und seiner Freischar im Sommer 1941 bleiben. Es war die Zeit, als unsere kommunistischen Gruppen, insbesondere die Gruppen Korça und Shkodra, den richtigen und sicheren Weg zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten fanden, die Zeit, als die Sowjetunion gerade in den Entscheidungskampf eintrat, die Zeit, als der Kampf unseres Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit in Schwung kam. Baba Myslim und ich waren längst alte Freunde, wir kannten uns und hatten uns gegenseitig geschworen, bis zuletzt für die gemeinsame Sache zu kämpfen. Ich selbst hatte den Wunsch geäußert, mit der Freischar von Peza zusammenzutreffen.

Als ich Myslim das vortrug, antwortete er mir sogleich: „Komm, wann immer du willst. Wir erwarten dich."

Die Zusammenkunft fand in einem Wald in der Nähe von Peza e Vogel (Klein-Peza) statt. Ich umarmte Myslim, danach alle Mitglieder der Freischar. Ich hatte sie vorher noch nie gesehen, doch die Herzlichkeit, mit der sie mich empfingen, und das gute Einvernehmen, das wir über alle zur Diskussion stehenden Probleme erzielten, überzeugten mich, daß Myslim sie gut vorbereitet hatte, daß er gut über mich und über die Sache, die ich vertrat, gesprochen hatte. Dort sah und umarmte ich zum ersten Mal den unerschrockenen Helden Kajo Karafili. Die Partei versah seine Tapferkeit mit Klugheit und Scharfsinn, die Partei gab Kajo wahrhaftes Heldentum, Kajo seinerseits gab der Partei und dem Volk alles, auch sein Leben. (...)

Ich setzte mich zu den Kämpfern der Freischar, und wir unterhielten uns lange. Ich beglückwünschte sie zu ihren Kampfaktionen und äußerte meinen tiefen Schmerz über die ersten, bei Zusammenstößen mit den Feinden gefallenen Genossen, ich erzählte ihnen über die Ziele und die Zukunft unseres Kampfes. Ich sprach mit ihnen über die Situation im Land und das große Echo, das die ersten Zusammenstöße mit den Faschisten, darunter auch die Zusammenstöße der tapferen Kämpfer, mit denen ich zusammensaß und redete, hervorgerufen hatten.

Lange blieben wir an jenem unvergeßlichen Tag im Wald von Peza, und als die Zeit des Abschieds kam, wandte ich mich an Myslim:

„Ich möchte dich was fragen, Myslim."

„Nur zu, mein Bruder", entgegnete er.

„Wir haben schon früher einmal darüber gesprochen, junge Genossen, Kommunisten, hier nach Peza zu schicken. Was meinst du dazu?!"

„Seit du bei uns bist", antwortete Myslim, „gibt es in der Freischar auch Kommunisten. Schick' so viele du willst, denn was sind wir ohne Genossen?"

„Könntest du noch 40 bis 50 Mann unterhalten?"

„Ich unterhalte jetzt schon 500", antwortete Myslim Peza, „und bald noch mehr!"

Ich mußte laut lachen und umarmte ihn.

Das war Myslim Peza, der tapfere Kommandant der ersten Partisanenfreischar, der einer der legendärsten Kämpfer unserer Nationalen Befreiungsarmee werden sollte.

Anmerkungen

1. Baba — volkstümliche Anrede im Zeichen des Respekts, etwa wie „Väterchen".

2. Haxhi Lleshi — führender Vertreter der konsequenten Patrioten im Befreiungskampf, der von Anfang an wie Myslim Peza für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintrat. Von 1953 bis 1982 Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung, faktisch Staatsoberhaupt.

3. Mustafa Kaçaçi war führend am antizogistischen Aufstand von Fier 1935 beteiligt, im Nationalen Befreiungskampf Bataillonskommissar, fiel im Kampf um Kruja.

4. Kajo Karafili — Kommunist der ersten Stunde, Spezialist für Attentate auf feindliche Offiziere und Spione; wichtiger Kommandant in Myslim Pezas Truppe, fiel im Befreiungskampf.

5. Esad Dishnica — enger Kampfgefährte Myslim Pezas.

6. Die Partei wurde zwei Jahre später, am 8.11.1941, gegründet.

Beileidstelegramm

An
Genossen Enver Hoxha, 1. Sekretär
Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens
Tirana

Mit großem Bedauern haben wir erfahren, daß Ihr verehrter Genosse und enger Freund, der große Patriot Myslim Peza, in hohem Alter nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Aus diesem Anlaß übermittle ich Ihnen, dem Zentralkomitee und der gesamten Partei der Arbeit wie auch den Angehörigen die herzlichste und tiefstempfundene Anteilnahme des ZK der KPD.

Genosse Myslim Peza, in dessen Gestalt sich die richtige Einheitsfrontpolitik der PAA verkörpert, wird mit seinem Werk, seiner Treue für die Partei und die Sache des Sozialismus unsterblich bleiben.

Horst-Dieter Koch
Vorsitzender des
ZK der KPD

Kurz berichtet

Frankreich: Le Pen Fernsehstar

Eine ganze Stunde Sendezeit räumte das staatliche französische Fernsehen dem Vorsitzenden der sogenannten Front nationale, Jean-Marie Le Pen ein. *Le Pen, bekannt aus den jüngsten Kommunalwahlen, wo seine Organisation mit strammem Rassismus Überraschungserfolge erzielte, nutzte nach Presseberichten diese Gunst voll aus. Er stellte sich als einen Gemäßigten dar, der alles nicht so gemeint habe.*

In der Kritik am Fernsehen forderte eine antirassistische Organisation für die Darlegung ihrer Ziele ebenfalls eine Stunde Sendezeit, was ihr verweigert wurde.

Polen: Jaroscewicz wehrt sich

Der frühere polnische Ministerpräsident Jaroscewicz (von 1970 bis 1980, als die PVAP von Edward Gierek geführt war) protestierte dagegen, daß ihm und seinem Stellvertreter vor einem Antikorruptionstribunal der Prozeß gemacht werden soll.

Seine Begründung — die nun wahrlich nicht ganz von der Hand zu weisen ist — lautete, man könne einen einzelnen nicht für die Politik der Partei verantwortlich machen. Außerdem falle ein solcher Prozeß auf die ganze Partei und den ganzen Staat zurück.

Ob Jaruzelski und Co danach ihren Plan, ein paar Figuren zu opfern, von all denen, die sich an der Gierekschen Politik bereichert haben, noch ohne weiteres verfolgen können, erscheint nun fraglich, da dieser Protest des Expremiers weltweit bekannt wurde.

Argentinien: Erneut Kritik an Alfonsin

Die Familienangehörigen einer Reihe von „Desaparecidos" (Verschwundener) haben den neuen Präsidenten Alfonsin erneut kritisiert. *Er gehe zu langsam vor, bei der Aufklärung der Verbrechen der achtjährigen Militärdiktatur. Außerdem seien noch zahlreiche der damaligen Richter im Amt.*



Zerbricht die Macht der Phalange im Libanon?

Drusen fordern Rücktritt des Präsidenten

Die Macht der Phalange im Libanon war noch nie so gefährdet wie heute. Die Truppen der regulären libanesischen Armee — die eigentlich, laut Verfasung, sich aus den internen Streitigkeiten heraushalten sollte — befinden sich, teilweise geschlagen, in Auflösung. Größere Teile sind zu den Milizen der Amal übergelaufen. Gemayel herrscht mit dem christlichen Rest der Armee und den Milizen der Phalange-Partei nur noch im Stammland seines Clans, in Ostbeirut und Kesrouan. Von einer zentralen Staatsmacht kann nach den schweren militärischen Niederlagen der beiden letzten Wochen nicht mehr die Rede sein.

Die Milizen der Amal und der drusischen PSP haben in diesen Tagen nicht nur große militärische Erfolge errungen. Die jüngste Ankündigung aus den übergelaufenen Teilen der Armee eine neue bewaffnete Macht zu organisieren, die die Sicherheit des Landes garantieren soll, kommt schon der Ankündigung einer revolutionären Veränderung gleich.

Die Herrschaft der maronitischen Christen wurde im Nationalvertrag von 1943 begründet, der entsprechend den damaligen Bevölkerungsanteilen die Staatsmacht proporzmäßig verteilte. Seit langen Jahren überholt wurde diese maronitische Macht durch den amerikanischen Überfall auf den Libanon im Jahre 1958 erneut gefestigt. Innerhalb der maronitischen Clans brach anschließend ein jahrzehntelanger Kampf um die Vorherrschaft aus, der den Gemayels und ihrer Phalange aufgrund der besseren Bewaffnung den Sieg über die Chamouns und Frandschies brachte. Der offene Kampf von Banditenbanden um die Staatsmacht brachte verständlicherweise, verbunden mit einer wachsenden Entrechtung aller anderen rund zwei Drittel der Bevölkerung eine immer stärkere Oppositionsbewegung hervor. Dieser haben sich die Amal-Milizen erst vor noch gar nicht so langer Zeit angeschlossen, nicht zuletzt begründet auf ihrem Bündnis mit der libanesischen Palästinaemigration.

Gemayel, der die Nachfolge seines berüchtigten Bruders antrat, hat in dieser Situation weiterhin, wie schon sein Vater beim maronitischen Entscheidungskampf, auf ausländische Hilfe gesetzt — die US-Waffenlieferungen, bzw. die US-Truppen im Rahmen der Unifil und das Abkommen mit Israel vom Mai letzten Jahres. Beides erklärte er jetzt zur Verhandlung frei — in der Tat für ihn nahezu bereits ein Zugeständnis, das sein politisches Überleben angreift.

Die Macht der Phalange im Libanon, die versteckte, in den letzten Jahren immer offenere Diktatur über Drusen, Moslems und andere Christen basierte auf der Unterstützung Israels, der USA und traditionellerweise auch Frankreichs. Ihre eigene Niederlage und die bisherige Zurückhaltung ihrer „Partner" bringen nun diese Macht an den Rand des Zerfalls — und dies wäre in der Tat der einzig denkbare Weg, diesem seit zehn Jahren kriegsgeprüften Land eine besere Entwicklung zu eröffnen.

Gemayels einzige Hoffnung ist in diesen Momenten ein noch massiveres Eingreifen — entweder der USA oder Israels. Für diese geht es um einen ihrer „araischen Brückenköpfe", obwohl sie stets leugnen, daß der Libanon ein arabisches Land sei. Deshalb ist die Forderung nach dem Abzug aller ausländischen Truppen jetzt erst recht wichtig. Dieser Abzug und der Sturz Gemayels — das wären in der Tat Marksteine auf dem Weg des Libanon in eine friedlichere Zukunft.

Ein Bericht der albanischen Nachrichtenagentur ATA

Nur Erinnerungen blieben an das alte Lushnja

In einem Bericht der albanischen Nachrichtenagentur ATA werden Vergleiche gezogen zwischen der Stadt Lushnja heute und der, die sie vor vierzig Jahren, kurz nach der Befreiung war — nur Erinnerungen blieben, das ist in der Tat der beste Ausdruck für die eingetretenen Veränderungen.

Die Tatsachen zeigen, daß im Jahre 1945 genau 10490 Menschen die einzige Klinik von Lushnja besuchten. Rund 4400 von ihnen litten an Malaria, ein weiterer großer Anteil an Tuberkulose, der Rest an verschiedensten Krankheiten. Wobei man natürlich wissen muß, daß die Zahl der Kranken weitaus höher war, denn längst nicht alle kranken Bewohner der Ebene von Myzeque konnten zum Arzt gehen.

Diese Krankheiten hatten ihre tiefen Wurzeln in den Jahren der vergangenen Leiden und des Elends. Aber die größte Krankheit der Zeit vor der Befreiung war das volksfeindliche Zogu-Regime.

Im Jahr 1945 gab der Staat 13350 albanische Francs Zuschuß zum Kauf von Medikamenten für arme Patienten. Zeugenaussagen jener Zeit bestätigen, daß die Bevölkerung darüber erstaunt, davon bewegt war, denn daß die Regierung Geld ausgab für Medikamente der armen Leute, so etwas war noch nie passiert. Aber jetzt gehörte die Macht ihnen, und sie schützte sie, die armen Leute.

Damals gehörten im Bezirk 66 Prozent allen bebaubaren Landes nur 63 Großgrundbesitzern, das sind 0,2 Prozent der Bevölkerung. Ein Jahr nach der Befreiung gab es in Lushnja lediglich eine Quelle, zwei Mühlen, zwei Handwerksbetriebe und einen einzigen Generator, der gerade in der Lage war, Strom für 100 Glühbirnen zu erzeugen. Die Landwirtschaftsfarm hatte gerade 21 Hektar Land, 100 Schafe, drei Perde, zwei Traktoren und insgesamt 300 Arbeiter. In Lushnja gab es gerade zwei Ärzte.

Aber man schrieb das Jahr 1945, und das Licht der Partei hatte die Herzen des Volkes mit Freude gefüllt. Die Zeit war gekommen, alles neu zu machen. Die Macht war des Volkes, die zu schaffende Zukunft, auch der Sozialismus, ebenfalls.

Aus den Unterlagen der Staatsmacht in Lushnja jenes Jahres kann man entnehmen, daß in jenem Jahr unter anderem die dritte Apotheke eröffnet wurde, das Krankenhaus eingeweiht, 28 neue Schulen gebaut, der 1400 Meter lange Divjaka-Kanal gebaut, der erste Stadtpark auf früherem Sumpfgebiet eröffnet, zahlreiche Kurse gegen das Analphabetentum organisiert wurden. Im selben Jahr begann die Agrarreform, und der jahrhundertelange Traum der Bauern erfüllte sich. Genosse Enver Hoxha kam in das Dorf Gorre, um Land an die Dorfarmen zu verteilen. Neue Dinge wurden in das Leben des Volkes eingeführt.



Heute, 40 Jahre später, bleiben nur Erinnerungen an das alte Lushnja. Riesige Veränderungen, unvergleichbar mit der Vergangenheit, haben stattgefunden. So hat die Bevölkerungszahl auf das 3,7fache zugenommen, die Lebenserwartung hat sich mehr als verdoppelt. Die Arbeiterschaft, die faktisch erst im Jahre 1960 entstand, hat sich seitdem zahlenmäßig verdoppelt. Die Industrieproduktion hat sich seit 1950 um das 38fache erhöht, die Kornernte um das Fünffache. Heute gibt es 120 Schulen und Hunderte von mittleren und höheren medizinischen Kadern arbeiten in den verschiedenen Krankenhäusern, Kliniken, Apotheken usw. Das ist die veränderte Wirklichkeit, wie sie in einem sozialistischen Land besteht.

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Schulungswochenende der KJD Hamburg
„Die Friedensbewegung und ihre Perspektiven"
Anmeldung über Ernst-Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstraße 58, Hamburg 6

STUTTGART:

Neu! Treffpunkt KPD
Jeden letzten Freitag im Monat, 19.30 Uhr
„Bücherstube Ost", Haußmannstraße 107, Stuttgart-Ost
Im Februar: Am 24.2., 35-Stunden-Woche (mit Berichten aus Betrieben und Gewerkschaften)

DORTMUND:

Veranstaltung der KPD Dortmund:
„35 Stunden sind genug! Machen wir der Wende ein Ende"
Beiträge „Warum brauchen wir die 35 Stunden?", „Streik und Aussperrung — welche Taktik siegt?", „Rationalisierung, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit — wir brauchen Sozialismus". (Es spricht Horst-Dieter Koch, Vorsitzender der KPD), „Ausländische Arbeiter und die 35 Stunden" (in türkischer Sprache), „Frauen und die 35 Stunden", Kabarett, Liederprogramm, Büchertische, Tombola
Zeit: Freitag, 9. März, 19.30 Uhr
Ort: Haus Göbbeln, Schützenstraße/Ecke Feldherrnstraße

KJD-AUSLÄNDERSEMINAR

am 25. und 26. Februar 1984 in Westfalen

Liebe Genossinnen und Genossen,
auf unserem Ausländerseminar wollen wir uns mit folgenden Fragen beschäftigen:
1. Ausländerfeindlichkeit und ihre Ursachen
2. Vorurteile und was wir darauf antworten
3. Wie leben Ausländer heute bei uns? Und wie sollten sie unserer Meinung nach leben können?
4. Zwischen zwei Kulturen — Wie leben, fühlen und denken ausländische Jugendliche?
5. Die KJD und ihre ausländischen Mitglieder — Was müssen wir tun, um unter der Jugend aktiver der Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten?

Wir bemühen uns durch Filme und konkrete Beispiele das Seminar so interessant wie möglich zu machen. An die Teilnehmer haben wir die Bitte, soviele Fragen wie möglich mitzubringen und Musikinstrumente, damit der Abend nicht langweilig wird.
ZL der KJD

Anmeldung und nährere Informationen über: KJD, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Auszüge aus einer kanadischen Gewerkschaftsbroschüre (II)

Gefahren der Bildschirmarbeit

Im zweiten Teil (von vier, die insgesamt im „Roten Morgen" erscheinen werden) der Auszüge aus der Broschüre der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten von Ontario geht es um die konkreten Auswirkungen der Bildschirmarbeit auf diejenigen, die sie bedienen. Dabei wird vor allem die leidlich bekannte bürgerliche „Obergrenzen"-Propaganda angegriffen.

Was sind die Auswirkungen auf die Gesundheit?

Die Obergrenzen gehen von der Annahme aus, daß es eine sichere Strahlendosis gibt und daß, solange sie nicht überschritten wird, kein Risiko der Schädigung während der Lebenszeit einer Person auftritt. Jedoch stellt die Forschung der letzten beiden Jahrzehnte, an Tieren wie an Menschen, die „sichere Strahlendosis" ernsthaft in Frage. Diese Studien kommen zu der Annahme, daß die Strahlenwirkungen sich kummulieren und daß das Risiko einer Schädigung bei wiederholten geringeren Dosen größer ist als bei gelegentlichen hohen Dosen. Aufgrund dieser neuen Erkenntnisse verschreiben sich die zuständigen Behörden dem Grundsatz: so niedrig, wie vernünftigerweise erreichbar ist.

Dies bedeutet, daß, während die 5 rem-Obergrenze weiterhin auf dem Papier steht, niedrigere Dosen angestrebt werden sollen, außer wenn die sozialen und ökonomischen Vorteile die Gesundheitsgefährdung übersteigen. In der Tat wird anerkannt, daß es keine sichere Strahlenmenge gibt, aber daß ein gewisses Maß von Gesundheitsgefährdung sozial akzeptierbar ist. Diese Herangehensweise wird nicht außerhalb der Atomenergieindustrie angewandt. Die zuständigen Regierungsbehörden messen Röntgenstrahlungen und sagen dann, daß die Strahlung sicher ist, sobald sie sich innerhalb der existierenden Obergrenzen bewegt. Die Frage ist, sind die Obergrenzen sicher? Die zuständigen Gremien vermitteln der Öffentlichkeit ein falsches Sicherheitsgefühl, wenn sie sagen, daß die Strahlenabgabe von Bildschirmgeräten sich unterhalb der gegenwärtigen Obergrenze bewegt und deshalb kein Risiko darstellt. Die Obergrenze und das Risiko des verhängnisvollen strahlungsbedingten Krebs gehören zusammen — Opfer des strahlungsbedingten Krebs werden allerdings erst von einer Dosis oberhalb der Obergrenze erwartet. Wenn man behauptet, daß kein Risiko bei Strahlenmengen unterhalb der Obergrenze besteht, dann meint man in Wirklichkeit, daß kein Risiko des verhängnisvollen strahlungsbedingten Krebs besteht! Das heißt aber nicht, daß nicht andere Formen biologischer Schädigung auftreten können.

1958 veröffentlichte Dr. Alice Steward von der Oxford-University Ergebnisse einer Untersuchung von 1299 britischen Kindern, die an Leukämie und anderen Krebsarten starben.

Dr. Steward fand heraus, daß Babys, deren Mütter während der Schwangerschaft Beckenröntgungen von nur 1-3 rems bekommen hatten, doppelt so häufig Krebs bekamen wie diejenigen, deren Mütter nicht geröntgt worden waren. In diesem Fall bewegte sich die Menge der Röntgenstrahlung, die bis zum Fötus vordringen konnte, zwischen 200 und 270 millirems. Babys, die während der ersten drei Monate der Entwicklung des Fötus geröntgt wurden, bekamen mit 10mal höherer Wahrscheinlichkeit Krebs. 1962 wurde in einer Untersuchung von Dr. Brian MacMahon von der Havard-Universität gezeigt, daß das Risiko sich in der Kindheit Krebs zuzuziehen, mit der Menge der Röntgenstrahlung zunimmt. Kürzlich zeigten statistische Untersuchungen von Dr. Irwin Bross vom Roswell-Park-Institut für Krebsforschung und von Dr. Rosalie Burtell, daß eine Beziehung zwischen geringen Mengen von Röntgenstrahlung und erhöhter Anfälligkeit für Leukämie besteht. Noch beunruhigender ist die Arbeit des kanadischen Forschers Dr. Abram Petkan, der in 1972 und 1974 veröffentlichten Papieren zeigt, daß das Risiko einer Zellschädigung durch Strahlung pro Einheit aufgenommener Strahlung tatsächlich zunehmen kann, anstatt abzunehmen, wenn die Strahlungsdosis im Vergleich zu früheren Mengen verringert wird.

Geben Bildschirmgeräte Röntgenstrahlung ab?

Theoretisch sind Bildschirmgeräte so konstruiert, daß sie keine Strahlung abgeben. Aber Herstellungsdefekte, Maschinenausfälle oder unvorschriftsmäßiger Betrieb können dazu führen, daß Strahlung abgegeben wird. Erinnern wir uns daran, daß nicht jede Maschine individuell getestet wird, wenn sie aus der Produktion kommt. Nur der Prototyp wird auf Strahlung getestet. Fälle von Strahlungs-Lecks sind festgehalten worden. Tests an Oszolloskopen und Bildschirmgeräten durch die Bell-Telephone-Laboratorien zeigten, daß einige Maschinen Röntgenstrahlungen aufgrund von Herstellungsfehlern oder Defekten in der Hochspannungsversorgung abgaben.

Kürzlich veröffentlichte das Büro für Radiologische Gesundheit der US-Lebensmittel- und Drogenbehörde Ergebnisse einer Übersicht über Strahlungsabgabe von 125 Bildschirmgeräten verschiedener Hersteller. Alle Bildschirmgeräte wurden unter Belastungsbedingungen mit Spannungen bis zu 130 Volt getestet. Das Instrument für diese Messung, ein Viktorel Modell 440 RF/C, gibt die durchschnittliche Röntgenstrahlung auf einer Fläche von 10 qcm an. Von den 125 getesteten Maschinen gaben zehn hohe Mengen von Röntgenstrahlungen ab. Acht von den Maschinen überschritten die 0,5 mr/h-Grenze, und zwei andere kamen auf 0,4 mr pro Stunde.

Letzteres liegt sehr nahe an der Obergrenze und wird als sehr hoch angesehen, obwohl es die Obergrenze nicht überschreitet. Also gaben 8 Prozent der getesteten Maschinen hohe Mengen Röntgenstrahlungen ab.

Was heißt dies auf Jahresbasis?

Nehmen wir sechs Stunden Bildschirmarbeit am Tag, fünf Tage die Woche, in 50 Wochen im Jahr an, so haben wir 1500 Stunden der Bestrahlung. Die jährliche Strahlungsdosis für eine Person 5 cm vor dem Bildschirm, der 2 millirem pro Stunde abgibt, wäre 3000 millirem pro Jahr. Bei 0,4 millirem pro Stunde wären dies 600 millirem pro Jahr. Zur Illustration vergleichen wir diese Jahresdosen mit einer typischen Ganzkörperdosis von einer medizinischen Röntgenuntersuchung. Wenn auch die Röntgenuntersuchung des Oberkörpers in der Dosis abhängt von dem benutzten Gerät und den bedienenden Technikern, könnte eine typische Röntgendurchleuchtung des Oberkörpers einer Ganzkörperdosis von 29 millirem pro Platte entsprechen. Die Strahlung eine Bildschirms, der 3000 millirem pro Jahr abgibt, würde also 103 Brust-Röntgenaufnahmen entsprechen. 600 millirem pro Jahr würden 20 jährlichen Röntgendurchleuchtungen entsprechen.

Einige der acht Geräte wurden zur Überprüfung zurückgezogen. Anderen Herstellern wurde es nicht gestattet, ihre Bildschirmgeräte auf den US-Markt zu bringen. Obwohl diese Vorsichtsmaßnahmen ermutigend klingen, hat das Büro für radiologische Gesundheit nur die Produkte einer geringen Auswahl von Herstellern getestet. Von 48 Bildschirmherstellern berichteten nur 15 an das Büro für radiologische Gesundheit, während es die übrigen 33 nicht taten. Auch das US-Nationalinstitut für Arbeitssicherheit und Gesundheit (NIOSH) hat Tests durchgeführt. Röntgentests durch das NIOSH seit 1977 ergaben Höchstmengen zwischen 0,25 und 0,3 millirem pro Stunde. Obwohl dies unter der 0,5 millirem-pro-Stunde-Obergrenze liegt, würde eine ständige Dosis von 0,3 millirem pro Stunde während eines Arbeitsjahrs 450 millirem entsprechen. Die Röntgenstrahlungsobergrenze für die allgemeine Öffentlichkeit beträgt 500 millirem pro Jahr. Obwohl die verschiedenen prüfenden Behörden anscheinend nicht davon ausgehen, daß die Röntgenstrahlung durch Bildschirmgeräte eine bedeutsame Gefährdung für die Bediener darstellt, müssen eine Reihe von Dingen in Betracht gezogen werden.

1. Bildschirmgeräte geben Röntgenstrahlung ab. Die Kontroverse besteht darin, welche Mengen der Strahlen schädlich ist.

2. Röntgenstrahlungen sind isoliert gemessen worden, ohne mögliche Kombinationseffekte mit anderen Formen der Strahlung zu berücksichtigen. (Dies wird später noch erörter werden)

3. neueste Forschungen über die Gesundheitsschäden durch geringe Strahlungsmengen zwingen uns zu der Annahme, daß es keine sichere Strahlungsmenge gibt.

Wie ein Friedrich Zimmermann zum Waldschützer werden könnte

Der fürstliche Wald muß erhalten bleiben

Keine Wiederaufforstung mehr als Ergebnis des Waldsterbens?

Das Waldsterben hat schon lange Schlagzeilen gemacht. Und die, die darauf verwiesen wurden, wie anderswo auch schon gehabt, als Spinner oder Miesmacher verteufelt. Bis Herr Zimmermann Innenminister wurde. Ausgerechnet Friedrich Zimmermann, „Old Schwurehand" als Verbündeter der Umweltschützer? Da kamen so manch einem Zweifel. Etwas Licht auf diesen Vorgang bracht kürzlich ein Artikel in der „Wirtschaftswoche" über die Angst der privaten Waldbesitzer vor dem Waldsterben.

In der „Wirtschaftswoche" wurde Franz Freiherr Riederer von Paar interviewt, seines Zeichens Oberforstdirektor in der Gesamtverwaltung des größten privaten Waldbesiztes der BRD. Und dieser wiederum heißt Fürst Johannes von Thurn und Taxis. Daß der beste Verbindungen nach Bonn und München hat, daß viele Fäden von Macht und Geld aus „seiner" Stadt Regensburg dahin laufen, ist bekannt. Daß er vor allem beste Verbindungen zur CSU hat, ebenfalls.

„Die deutschen Waldbesitzer proben den Aufstand", mit diesen Worten leitet die „Wirtschaftswoche" ihren begleitenden redaktionellen Artikel zu diesem Interview ein. Und bezeichnenderweise ist denn auch im ganzen Artikel weniger vom Wald an sich die Rede als vielmehr von Festmetern, Festmeterpreisen und entsprechenden Verlusten — sie sorgen sich um etwa 2 bis 3 Milliarden Mark, die ihnen künftig flötengehen könnten.

Weil die Abholzung geschädigter Bäume denn auch größere Marktschwankungen hervorrufen könnten, die einiges unberechenbar machen, kalkulieren sie auch gleich eine kurzzeitige Vergrößerung der abgeholzten Menge ein, um dem zuvorzukommen. Dafür aber müßten die Vorschriften für die Wiederaufforstung, wie sie im Waldgesetz enthalten sind (daß nur so viel geschlagen werden darf, wie auch wieder aufgeforstet wird), aufgehoben werden. Also sozusagen als Konsequenz aus dem Waldsterben eine Lockerung hin zum Raubbau — das ist die Perspektive, die die bundesdeutschen Waldbesitzer der Sache gerne geben würden.

Denn auf die Zimmermannschen Pläne geben die Waldfürsten nicht viel. Großfeuerungsverordnung und ähnliches lägen ja eh nur im Interesse der Kraftwerksbereiber (aha!) und andere Maßnahmen würden, wenn überhaupt, so doch erst viel zu spät, Mitte der 90er Jahre wirksam werden.

Aber immerhin ist so doch deutlich, woher das plötzliche Interesse Herrn Zimmermanns am Waldschutz kommt. Nicht aus Sorge um die Umwelt, die Zweifel waren unangebracht. Aus Sorge um das Wohlergehen. Der Waldwirtschaft, versteht sich.

Rückleuchte

Flexibilität

Ja, sie ist angesagt. Flexibel sein — klingt gut, nicht wahr? Wer will denn auch schon unflexibel sein, also starr, verkrampft, eingefahren? Flexibilität ist angesagt. Nicht nur für die Arbeitslosen, die eben mal schnell einen Nord-Süd-Umzug machen sollen. Nein: auch für Journalisten. Insbesondere: für Fernsehjournalisten.

Der konstruierten Legende vom „Rotfunk" WDR stand eigentlich schon immer die Wirklichkeit der „Schwarzhörer" bei der ARD, der Schwarzseher auf beiden Kanälen gegenüber, farbliche Tupfer einmal ausgenommen. Und eben diese Tupfer sollen nun weg. Das ist geradezu ein Programmpunkt dieser Regierung, die Wiedereinführung einer faktischen und relativ weitreichenden Zensur. Daß es eine solche schon längst gab, ist eine Tatsache, von der nun gerade Kommunisten ein ellenlanges Lied singen könnten, andere aber auch.

Wer die politischen Themen anschaut, die in den letzten Monaten alle wegzensiert worden sind, Friedensbewegung, Flick-Bestechungen, passiver Widerstand usw. usf., der sieht, daß der zensierte Themenkreis mächtig ausgeweitet wird.

Nicht zufällig ist das alles beim Zweiten Deutschen Fernsehen viel fortgeschrittener: Schließlich war dort ein Helmut Kohl lange Zeit Vorsitzender des Verwaltungsrates. Nicht zufällig auch, daß die plumpesten Attacken im Bayerischen Rundfunk stattfinden — dort wird alle Personalpolitik von der CSU-Spitze diktiert. Aber auch bei den angeblich „linken" WDR und NDR, deren zweite Radioprogramme noch relativ viel kritischen Journalismus enthalten, gibt es zunehmend massive Einschüchterungsversuche und wächst auch die Vorsicht, die sogenannte „Schere im Kopf" des einzelnen.

Nicht umsonst bezeichnete der „Kabelmensch" (in jeder Beziehung) Schwarz-Schilling die Berufung eines Herrn Gruber zum Chef der ARD-Tagesschau als einen Akt von „historischer Bedeutung".

Dies sei nicht die Stunde der Standhaften, so zitiert „Der Spiegel" einen ZDF-Redakteur, sondern die „Stunde der Flexiblen". In der Tat.

„Der Stellvertreter"

Die BRD hat sich ein Novum geleistet. In Sachen Menschenrechte. Hatte doch die Ernennung von Richard „Kopf ab" Jäger zum bundesdeutschen Delegierten der UNO-Menschenrechtskommission einigen Wirbel verursacht. Umso mehr, als das erste Thema, deren Sitzungen ausgerechnet die Todesstrafe sein sollte — ihre Verurteilung war angesagt. Und nun der Henker-Fan Richard da mittendrin?

Nein, das konnte der feinfühlige Kanzler seinem Freund (und den anderen?) nicht antun, so eine Selbstverleugnung, so eine totale.

Also: Jäger ist zwar Delegierter, hat aber, speziell für das Thema Todesstrafe einen Stellvertreter bekommen, der dann sozusagen Rechtsstaatlichkeit wahrte.

Kostet zwar ein bißchen mehr, ist aber wohl besser für das teuer gepflegte Kanzler-Image. Der Bock bleibt zwar der Gärtner, aber den Rasen pflegen — vorläufig zumindest noch — andere.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.